

Zeitung
der Schweizerischen
Friedensbewegung

Unsere Welt

Aus dem Inhalt

Erinnerungen an Ronald Reagans Krieg der Sterne	2
Jemen: Schweiz mitschuldig	3
NATO: Wer bedroht wen?	4
USA: Dioxin-Opfer verlangt Gerechtigkeit	5
Ostukraine: Europas vergessener Krieg	6
Weltfriedensrat: Regionales Treffen in London	7
Felicia Langer: Ein Nachruf	8



Star Wars nach Donald Trump. Karikatur: Sputniknews

Trumps Neuster ist ein Alter Star Wars reloaded

Trump will mit einer Space-Force einen sechsten Zweig der US-Streitkräfte schaffen. Damit geht die US-Regierung den nächsten Schritt bei der Militarisierung des Weltraums, auch wenn derzeit noch nicht klar ist, wann die Space-Force ihre eigenständige Arbeit aufnehmen wird.

Von Prof. Dr. Nina Hager

Donald Trump hatte mal wieder so eine Idee. Von der erzählte er im März aufmerksam lauschenden Marinesoldaten. In einem Hangar der Marine Corps Air Station Miramar in Kalifornien erklärte der US-Präsident: «Der Weltraum ist ein Kriegsgebiet, genau wie das Land, die Luft und das Meer.» Das dürften seine Zuhörer bereits gewusst haben, steht das doch spätestens seit den 80er Jahren in jedem Leitpapier des US-Militärs. Und weiter: Weil das so sei, müssten die USA gefälligst eine neue Streitmacht aufstellen, eine Space-Force. Zuerst habe er seinen Einfall, diese zu schaffen gar nicht ernst gemeint, plapperte der US-Präsident. «Dann sagte ich, was für eine grossartige Idee, vielleicht müssen wir das tun.»

Am 18. Juni unterschrieb er dann eine entsprechende Direktive. «Zur Verteidigung Amerikas reicht eine einfache Präsenz im Weltraum nicht, wir müssen den Weltraum dominieren.» Der Präsident wies das Verteidigungsministerium und das Pentagon an, unverzüglich mit dem Aufbau eines sechsten Zweigs der US-Streitkräfte, einer Space-Force, zu beginnen. Bislang ist die Luftwaffe für den grössten Teil der US-amerikanischen militärischen Weltraumprojekte und -aktionen verantwortlich.

Aber was hätte eine solche eigenständige Weltraumtruppe eigentlich zu tun? Werden da vielleicht tapfere

Piloten in Weltraumgleitern die Erde gegen böse Aliens verteidigen? Oder schwerbewaffnete Sturmtruppen auf dem Mond oder fremden Planeten landen und die Stützpunkte von Alieneinden einnehmen? Sicher hat so etwas derzeit nicht mal Trump im Blick. Das bleibt eine Domäne Hollywoods.

Aber Einheiten, die für den Start, das Betreiben und die Überwachung von militärischen Satelliten für Aufklärung, Kommunikation, Navigation und Wetterdaten zuständig sind? Das macht heute schon z.B. das Air Force Space Command (AFSPC), das Weltraumkommando der US-Luftwaffe.

Auf der Erde oder im Weltraum stationierte Waffensysteme zu überwachen bzw. zu bedienen, die gegen Raumflugkörper anderer Staaten eingesetzt werden können und die eigenen schützen, ist eine der Aufgaben des zum AFSPC gehörigen National Space Defense Center, das auch eng mit Geheimdiensten zusammenarbeitet (bis April 2017 Joint Space Operations Center). Antisatellitenwaffen (ASAT) werden übrigens bereits seit über 40 Jahren entwickelt und erprobt – Laserwaffen, die boden- oder weltraumgestützt sind, Abfangraketen, Funkstörssysteme.

Eine militärische Raumstation? Die gibt es bislang noch nicht. Ebenso noch keine Flotte vorwiegend militärisch genutzter neuer Space-Shuttles, auch wenn das US-Militär seit spätestens 2010 einen geheimnisvollen

«Baby-Orbiter», ein wiederverwendbares Raumflugzeug, testet. Raumstation wie Flotte waren schon einmal in den 70er und 80er Jahren in Planung.

Jetzt soll das alles unter einem eigenständigen Kommando zusammengefasst werden. Einige sehen darin vor allem eine «Entmachtung» der Air Force. Viel wesentlicher ist aber, dass der jetzige Vorgang, den nicht nur die russische Seite – völlig berechtigt – sehr kritisch sieht, zu neuen Spannungen führen und das Wettüben anheizen kann. Trumps Direktive bedeutet einen nächsten Schritt auf dem Weg zur Militarisierung des Weltraums.

Und die hat eine lange Geschichte. So reicht z.B. die militärische Aktivität der USA im Weltraum bis zum Beginn der aktiven Raumfahrt zurück, Planungen begannen viel früher.

Von Eisenhower bis Trump

Der Sputnik-Start im Oktober 1957 erfolgte mitten im Kalten Krieg und schockte US-Regierung wie Pentagon. Man hatte nicht glauben wollen, dass die sowjetische Raketentechnik so weit fortgeschritten sei. Die US-Rüstungslobby lancierte damals die Meldung, die UdSSR habe mit dem Start «das Gleichgewicht der Kräfte zerstört» (siehe Dieter B. Hermann: Eroberer des Himmels, Leipzig-Jena-Berlin 1986, S. 112).

Wie John Logsdon, früherer Professor für Politikwissenschaften sowie internationale Angelegenheiten, meint, suchte die US-Regierung nach dem Start von Sputnik 1 nach einer adäquaten Antwort. Präsident Eisenhowers erster Impuls war es, «alle Raumfahrtaktivitäten im Verteidigungsministerium (...) zu bündeln», also vor allem auf das Militär und Rüstung zu setzen. Andere, wie Eisenhowers Wissenschaftsberater James Killian, drängten damals da-

Fortsetzung Seite 2

Bundesrat für Atombombe Eine Schande

Am 6. und 9. August jährten sich zum 73. Mal die furchtbaren Nuklearschläge der USA gegen Hiroshima und Nagasaki. Im vergangenen Sommer wurde in der UNO ein wichtiger Schritt vollzogen, damit derartiges nie mehr vorkommen kann: 122 Staaten verabschiedeten den Vertrag über das Atomwaffenverbot.

Die Schweiz hat den Vertrag in der UNO unterstützt und entsprechend hat die Öffentlichkeit erwartet, dass sie ihn zügig unterzeichnet und dem Parlament zur Ratifizierung vorlegt. Dies forderte u.a. eine Resolution der Teilnehmenden an der Veranstaltung der Schweizerischen Friedensbewegung (SFB) zum UNO-Weltfriedenstag vom 21. September 2017 in der Basler Elisabethenkirche, und im Juni 2018 stimmte der Nationalrat der Motion Sommaruga deutlich zu, Unterschrift und Ratifizierungsprozess unverzüglich an die Hand zu nehmen.

Die Schweizerische Friedensbewegung, die sich seit ihrer Gründung 1949 stets für ein umfassendes Atomwaffenverbot eingesetzt hat, forderte den Bundesrat noch anfangs August auf, den Gedenktag an die schrecklichen Verbrechen von Hiroshima und Nagasaki zum Anlass zu nehmen, endlich vorwärts zu machen und Wunsch und Willen der Bevölkerung nach Ächtung der Atomwaffen ernst zu nehmen.

Das Gegenteil ist eingetroffen. Der Bundesrat hat beschlossen, den Vertrag nicht zu unterzeichnen, weil er im Kriegsfall auf den nuklearen Schirm der NATO angewiesen sei! Die Direktorin der Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN), die schwedische Friedensnobelpreisträgerin Beatrice Fihn, hat diesen Beschluss in einem Interview mit verschiedenen Schweizer Zeitungen als «ungeheuerlich» bezeichnet. Sie sei schockiert, dass der Bundesrat so etwas wie die Flucht unter einen nuklearen Schirm auch nur in Betracht ziehe: «Er sagt damit, dass er Nuklearstaaten auffordern würde, zugunsten der Schweiz einen Massenmord an Zivilisten zu begehen. Welche Grossstadt würde die Schweiz denn auslöschen wollen? Moskau vielleicht? Ich hoffe sehr, dass die Bevölkerung gegen eine solch ungeheuerliche Position aufsteht.»

Noch besteht Hoffnung, dass auch der Ständerat die Motion Sommaruga unterstützt und den Bundesrat damit zwingt, seinen schändlichen Beschluss zurückzunehmen. Dazu braucht es Druck von unten, ganz im Sinne von Beatrice Fihn: Schreiben Sie «Ihren» Ständerätinnen und -räten, welche Haltung Sie in dieser so wichtigen Angelegenheit von ihnen erwarten.

Schweizerische Friedensbewegung



UNO vor dem Aus?
Diskussionsabend zum UNO-Weltfriedenstag
mit dem Journalisten und UNO-Spezialisten
Andreas Zumach

Freitag, 21. September 2018 | 19.30 Uhr
Eintritt frei | Einlass ab 19.00 Uhr
Schmiedenhof, Rümelinplatz 4, Basel

SFB Schweizerische Friedensbewegung

Star Wars...

Fortsetzung von Seite 1

rauf, auch eine zivile Raumfahrtbehörde zu gründen. (Vgl. E. Howell: Trump's Space Force Push Reopens Arguments About Military in Space, 20. Juni 2018, https://www.space.com/)

Die NASA, die zivile Raumfahrtbehörde der USA, entstand 1958. Ihre Vorläuferin unterstand noch der Luftwaffe. Allerdings wurde immer wieder ein Teil der NASA-Missionen durch das Militär genutzt. Aber auch für die UdSSR war Raumfahrt immer «Wissenschaft und Landesverteidigung», wie einst der bekannte Raumschiffkonstrukteur Koroljow betonte.

Als John F. Kennedy 1960 zum neuen US-Präsidenten gewählt wurde, hofften einige Mitglieder des Nationalen Sicherheitsrates auf eine neue Orientierung zugunsten des Militärs. Doch Kennedy lehnte ab. Am 25. Mai 1961 kündigte er den bemannten Flug zum Mond an. Das war der Startschuss für das Apollo-Mondflugprojekt. Dazu mussten alle Kräfte gebündelt werden. Im gleichen Jahr erklärte Vize-Präsident Lyndon B. Johnson: «Wer den Weltraum kontrolliert, kontrolliert die Welt.»

Ein Jahr später erläuterte Kennedy jedoch: «Ich bin überzeugt, dass der Weltraum erforscht und beherrscht werden kann, ohne das Feuer des Krieges anzuzünden, ohne die Fehler zu wiederholen, die der Mensch bei der Eroberung unserer Erde gemacht hat. Es gibt bislang keinen Unfrieden,

keine Vorteile und keine nationalen Konflikte im Weltraum.» Seine Regierung setzte sich mit dafür ein, dass im Januar 1967 ganz in diesem Sinne ein internationaler Weltraumvertrag abgeschlossen werden konnte. Dem voraus ging 1963 die «Erklärung über die Rechtsgrundsätze zur Regelung der Tätigkeiten von Staaten bei der Erforschung und Nutzung des Weltraums». Präsident Johnson erklärte im Weissen Haus anlässlich der Unterzeichnung des Weltraumvertrags durch US-Aussenminister Dean Rusk, den US-amerikanischen UN-Vertreter Arthur Goldberg und die Botschafter Grossbritanniens sowie der Sowjetunion: «Das ist ein erhebendes Moment in der Geschichte der Menschheit. Wir unternehmen den ersten entschlossenen Schritt, um das Weltall für immer von den Werkzeugen des Krieges zu befreien.»

Trotzdem hatten die USA, auch während Kennedys Präsidentschaft, militärische Raumfahrtprojekte forciert. 1959, noch vor seiner Zeit, wurde mit dem Corona-Aufklärungssatelliten der erste Militärsatellit gestartet. Die Bilder wurden damals durch Aussetzen von Filmkanistern zurück zur Erde gebracht. Weitere Starts folgten – heute gehören von den rein militärisch genutzten aktiven Satelliten allein die Hälfte den USA. Insgesamt gibt es über 1 400 aktive Satelliten auf einer Umlaufbahn.

In den 1960er Jahren wurden in den USA aber auch Militärastronauten ausgebildet, die zuerst am Dyna-Soar-

Programm teilnahmen. Dyna-Soar war ein Projekt der US-Air-Force mit dem Ziel, einen Raumgleiter zu entwickeln, der sowohl als Aufklärer und Bomber als auch für Rettungsaktionen im All, bei der Satellitenwartung oder Sabotage feindlicher Satelliten genutzt werden sollte. Das Programm begann 1957 und wurde 1963 eingestellt. Ihm folgte das MOL-Projekt. Eine bemannte Station im All sollte als Spionage-Plattform zur Überwachung des sowjetischen Territoriums eingesetzt werden. Das Programm wurde 1969 gestrichen.

Konfrontationskurs

1972 endete das Apollo-Mondforschungsprogramm der USA. Es hatte den USA grossen Prestigegewinn und grosse technologische Fortschritte gebracht. Danach gab es in den 70er Jahren in den USA weit weniger ambitionierte Raumfahrtprojekte. Viele Wissenschaftler und Techniker wurden arbeitslos. Trotzdem kam es mit dem «Sojus-Apollo-Test-Projekt» zu gemeinsamen Raumflügen von US-Astronauten und sowjetischen Kosmonauten. Auch auf anderen Gebieten wurde die Zusammenarbeit ausgebaut.

Ende der 70er Jahre schwenkten die USA jedoch vom Weg der Kooperation wieder voll auf den der Konfrontation. Die Hardliner – Militärs, Manager, Lobbyisten der Rüstungsindustrie – aus dem militärisch-industriellen Komplex, der zunehmend an Macht gewann, setzten sich durch. Nachdem die USA im Bereich der konventionellen Rüstung nicht den erhofften Vorsprung vor der Sowjetunion erreicht hatte, orientierten Politik, Militär und Rüstungsindustrie zunehmend auf den Weltraum. Anfang der 80er Jahre wurde in Umsetzung eines Pentagon-Leitlinienpapiers eine entsprechende Luft- und Weltraumdoktrin beschlossen. Sie war darauf ausgerichtet, «die Vorherrschaft im Weltraum zu erlangen und aufrechtzuerhalten». Die Doktrin umfasste in ihren Schwerpunkten die Schaffung weltraumgestützter Waffensysteme, die Ausbildung von Weltraumstreitkräften und die Entwicklung entsprechender Einsatzkonzeptionen. Die US-Rüstungsindustrie – Lockheed, General Motors, TRW, McDonnell Douglas und viele andere – machte in der Folgezeit durch die Entwicklung und Produktion entsprechender Weltraumsysteme und Waffen riesige Gewinne.

gen aller Art und Grössenordnung.» Die vorgesehenen Weltraumwaffen könnten auch gegen beliebige Boden-, Luft- und Seeziele eingesetzt werden. (Vgl. Friedenskampf gegen USA-Weltraumrüstung. Protokoll eines interdisziplinären Kolloquiums vom 31.3.1986 in Jena, Friedrich-Schiller-Universität, Jena 1987, S. 7)

Das SDI-Programm konnte nicht verwirklicht werden, aber nicht alle Projekte wurden eingestellt. Anfang der 90er Jahre wurden zwar – die Sowjetunion existierte nicht mehr – viele Gelder für entsprechende Projekte gestrichen. Doch die USA gaben weiter Milliarden Dollar für Weltraumrüstungsforschung und Entwicklung entsprechender Waffensysteme aus.

Im Jahr 2006 unterzeichnete der damalige US-Präsident Georg W. Bush eine Direktive für eine neue nationale Weltraumpolitik. Zwar wurde darin die «friedliche Nutzung» des Alls zum Wohl der gesamten Menschheit betont. Doch es hiess auch, dass für die USA Handlungsfreiheit im Weltraum ebenso wichtig sei «wie ihre Macht in der Luft und auf dem Wasser». Die USA lehnten alle Verträge ab, die den Zugang oder Nutzung des Weltraums einschränken könnten, und auch alle künftigen Rüstungskontrollabkommen, die der Bewegungsfreiheit der USA im All schaden könnten. Man behielt sich das Recht vor, «zu handeln», um eigene Aktivitäten «zu schützen» und Gegner «abzuschrecken». Nationen, die US-amerikanische nationale Interessen verletzen, werde der Zugang zum All versperrt.

Zwölf Jahre später deutet alles darauf hin, dass Trump an diese Position anknüpft, aber noch einen Schritt weiter gehen will, um die US-Vorherrschaft im (erdnahen) Weltraum durchzusetzen.

Trumps Direktive

Zurück zum aktuellen Vorstoss des Präsidenten, der für das Verteidigungsministerium dann doch überraschend kam.

In Kongress und Senat gibt es nicht wenige Befürworter des Ausbaus militärischer Aktivitäten im Weltraum. Im Juni 2017 wurde vorgeschlagen, die Air Force in zwei autonome Zweige zu unterteilen, einen für die Luftfahrt und einen zweiten für die Raumfahrt. Im Juli 2017 beschloss der Militärausschuss des US-Unterhauses die Gründung einer eigenständigen Weltraum-Truppe. Auch aus dem Senat wurde Zustimmung signalisiert. Die Einrichtung eines «Space Corps» schaffte es im November zwar nicht in das endgültige «National Defense Authorization Bill» (das Gesetz zur nationalen Verteidigungsermächtigung). Aber Wege für die mögliche Schaffung eines «Space Corps» wurden offengehalten, eine Studie wurde in Auftrag gegeben, die im Juli 2018 vorgelegt werden sollte. Eine zweite soll sich jetzt auch mit Art, Durchführung und Kosten für eine Weltraumtruppe beschäftigen und im Dezember fertig sein.

In der Regierung von US-Präsident Donald Trump stiess der Plan für eine eigenständige Weltraum-Truppe im Sommer 2017 weitgehend auf Ablehnung. In einem Schreiben an einen Abgeordneten kritisierte Verteidigungsminister Jim Mattis damals, eine weitere Streitkraft werde nur zu noch mehr Bürokratie führen.

Wenige Monate später gab es die präsidentiale Kehrtwende. Trump verkündete «seine Idee». Eigentlich sollte er, wie die «New York Times» berichtete, am 18. Juni eine weniger ambitionierte Weisung unterzeichnen, die einen Rahmen für die Lenkung des Handelsverkehrs im Weltraum im Interesse der US-Konzerne und die Überwachung von Weltraumschrott schaffen sollte.

Die US-Regierung geht den nächsten Schritt bei der Militarisierung des Weltraums, auch wenn derzeit noch

Trump ins Weltall?

Der US-amerikanische Kolumnist George Ochenski meint in einem Beitrag im Magazin Mis-soulain zu den Weltraumplänen des «sehr stabilen Genies»: «Es scheint tatsächlich so zu sein, dass die von Eigenlob strotzenden Narren, die derzeit die USA regieren, eine Möglichkeit gefunden haben, zurück ins 19. Jahrhundert zu reisen und dabei beschlossenen haben, den Leitspruch des untergegangenen britischen Imperialismus wiederzubeleben: «Im britischen Empire geht die Sonne niemals unter.» Wie sonst wären die kürzlich geäusserten Absichten zu erklären, die USA müssten über die globale Vormachtstellung im Energiesektor, die «global energy dominance», und im Weltraum, die «American dominance in space», verfügen.

Die Erde hat eine Bevölkerung von gut 7 Milliarden Menschen, davon sind nur etwa 4 Prozent US-Amerikaner/innen, circa 325 Millionen. Der US-amerikanische Wunsch nach globaler Dominanz im 21. Jahrhundert ist daher nicht nur lächerlich, er ist gefährlich und darüber hinaus auch noch völlig sinnlos.

(...) Andererseits mag es vielleicht einfacher sein, Trump beim Wort zu nehmen und ihn zum ersten Oberbefehlshaber zu machen, der in den Weltraum geschossen wird – dauerhaft natürlich.»

(Quelle: antikrieg.com)

nicht klar ist, wann die Space-Force ihre eigenständige Arbeit aufnehmen wird. Sie stellt mit diesem neuen Vorhaben zudem bestehende internationale Abkommen in Frage. So den Weltraumvertrag vom 27. Januar 1967, den die USA allerdings schon lange unterlaufen. Der orientiert eindeutig auf die friedliche Nutzung des Weltraums, hat aber Lücken. Die Vertragsstaaten verpflichten sich darin, keine Gegenstände, die Kernwaffen oder andere Massenvernichtungswaffen tragen, in eine Erdumlaufbahn zu bringen und weder Himmelskörper mit derartigen Waffen zu bestücken noch solche Waffen im Weltraum zu stationieren. Allerdings sind andere Waffen – so zum Beispiel Laserwaffen oder konventionell bestückte Raketen – durchaus erlaubt. Verboten sind die Okkupation von Himmelskörpern durch einzelne Staaten sowie Manöver, Stützpunkte und Waffentests auf dem Mond. Im Zusammenhang mit dem SDI-Programm der Reagan-Regierung wurde durch die USA jedoch z. B. der Begriff des Luftraums auf Regionen ausgedehnt, die eigentlich dem Weltraum zugeordnet werden.

Der Vertrag regelt zudem die Ausbeutung von Bodenschätzen. Kein Staat darf Hoheitsgewalt im Weltraum und auf den Himmelskörpern begründen. Artikel II WRV verbietet die nationale Aneignung des Weltraums und aller Himmelskörper. Das haben die USA übrigens für sich ausser Kraft gesetzt: Im November 2015 unterzeichnetet Präsident Barack Obama ein Gesetz, mit dem US-Behörden quasi das Recht der Lizenzvergabe zur Ausbeutung des Sonnensystems und der Bodenschätze auf anderen Himmelskörpern für sich beanspruchen. Wer weiss, vielleicht soll eines Tages die Space-Force auch entsprechende Vorhaben von US-Konzernen begleiten?

Die Physikerin und Philosophin Nina Hager lehrte an der Berliner Humboldt-Universität. Von 2012 bis 2016 leitete sie die deutsche Wochenzeitung «UZ», wo dieser Artikel auch zuerst erschienen ist. Nachdruck mit freundlicher Genehmigung der Autorin.



Erinnerungen an Reagans Star War

«Wir verurteilen jegliche militärische Nutzung des Weltraums», hiess es im Aufruf zum Ostermarsch im Basler Dreyckland vom 8. April 1985. In der Ostermarsch-Ausgabe von «Unsere Welt» wurde die sogenannte «Strategic Defense Initiative» (SDI) von US-Präsident Ronald Reagan denn auch prominent thematisiert.

Im Leitartikel schrieb SFB-Sekretariatsmitglied Martin Jäggi, das militärische Drehbuch des Sternenkrieges «würde allenfalls in einem schlechten Film klappen, (...) im Leben aber nie: Erstens wäre der Krieg vielleicht gewonnen, aber die ganze Menschheit ausgelöscht, Reagan und seine Rüstungsmafia inbegriffen. Zweitens wird die Sowjetunion nicht tatenlos warten, bis Reagan oder seine Nachfolger das Drehbuch umsetzen. (...)

Es gibt daher nur eines: Das Drehbuch muss Drehbuch bleiben. Der Weltraum muss waffenfrei bleiben. «Den Himmel überlassen wir den Engeln und den Spatzen» (Heinrich Heine) und der friedlichen Forschung zum Nutzen aller Menschen.

Die Weltraumrüstung muss sofort und für immer verboten werden. Die Produktion und Aufstellung von weiteren Atom- und andern Massenvernichtungswaffen muss sofort gestoppt werden. Die vorhandenen Waffen

müssen massiv abgebaut werden. Ziel ist die allgemeine, vollständige und gleichzeitige Abrüstung unter internationaler Kontrolle.»

Und unter dem Titel «Star wars oder Abrüstung» schrieb der heutige UW-Redaktor Martin Schwander: «Die Völker dieser Welt mögen für ihre wirtschaftliche und politische Entwicklung unterschiedliche Pläne und Ambitionen haben – zur Realisierung dieser Pläne brauchen sie den Frieden. So einfach ist das. (...) Dass immer mehr und immer ausgeklügeltere Waffen die Sicherheit irgendeines Landes erhöhen sollen, daran glaubt der gesunde Menschenverstand schon lange nicht mehr. Es gibt nur einen möglichen Weg, die Überlebenschancen der Nationen zu sichern – und dieser Weg führt über die allmähliche und schliesslich totale Abrüstung, nuklear zuerst, konventionell danach.

Dieser Logik dürfte sich eigentlich auch eine Reagan-Administration nicht entziehen – wenn sie nicht ganz andere Pläne verfolgt als die Verteidigung der «Freien Welt». Aggressive Pläne nämlich, mit Waffensystemen, die in ihrer Gesamtheit die verschiedentlich entwickelten Strategien des erfolgreichen Erstschlages ohne Vergeltungsmöglichkeit der Sowjetunion ermöglichen sollen.» (UW Nr. 2/1985)

Ronald Reagans Sternenkriegspläne

Diese Waffensysteme wie die Weltraumstreitkräfte sollten jedoch nicht durch ein eigenständiges Kommando befehligt werden, sondern wurden bei der Air Force angebunden (AFSPC, 1982 unter dem Namen Space Command gegründet, 1985 umbenannt). Im September 1983 entstand zudem das Weltraumkommando der Kriegsmarine. Ab 1985 gab es ausserdem ein US Space Command (das aber 2002 wieder aufgelöst wurde). Beschlossen wurde das und mehr im Rahmen der «Sternenkriegspläne» der USA (SDI) unter Präsident Ronald Reagan (1981 bis 1989).

«Sie spekulieren vor allem darauf, die UdSSR durch die Entwicklung von Weltraumwaffen zu überrunden und auf diese Weise das gesamte militärische Kräfteverhältnis zu ihren Gunsten zu verändern», hiess es damals zum Beispiel in Thesen von DDR-Friedens- und Raumfahrtspezialisten. «Vor allem sollen dadurch Voraussetzungen geschaffen werden, um das strategische Kernwaffenpotential der USA unter weitgehender Vermeidung eines vernichtenden Gegenschlags der Sowjetunion wirksam einsetzen zu können. Gleichzeitig zielt die Entwicklung von Weltraumwaffen auch auf die weitere Befähigung der USA zur Führung von Krie-



Elend und Verwüstung mit US-Komplizenschaft: Saudische Angriffe auf Jemen. Mitverantwortlich: Die Schweiz. Foto Al-Manar

Mitschuldig an Kindermorden

Die US-Aggression im Jemen

Der Syrien-Konflikt ist nicht der einzige blutige Krieg im Nahen Osten, bei dem die USA massgeblich ihre Finger im Spiel haben. Die mehrfach für den Friedensnobelpreis nominierte US-Pazifistin Kathy Kelly macht auf die Mitschuld ihres Landes an den von Saudi-Arabien und den Emiraten ausgeführten Massakern an Schulkindern und Zivilisten aufmerksam und mahnt zum Einschreiten.

Von Kathy Kelly

Am 9. August wurde bei einem von den USA unterstützten Luftangriff durch Saudi-Arabien in Sa'ada, einer Stadt im Norden des Jemen, ein Bus mit Schulkindern bombardiert. Die New York Times berichtet, die Schüler seien auf einer Freizeitausfahrt gewesen. Laut dem Gesundheitsamt von Sa'ada wurden bei dem Angriff mindestens 43 Menschen getötet.

Dem Internationalen Komitee des Roten Kreuzes zufolge waren mindestens 29 der Getöteten jünger als 15 Jahre, zudem erlitten 48 Menschen Verletzungen, darunter 30 Kinder.

CNN zeigte erschreckende, herzzerreissende Aufnahmen von Kindern, die den Angriff überlebt haben und in einer Notaufnahme behandelt wurden. Eines der Kinder, das einen blauen UNICEF-Rucksack trägt, ist blutüberströmt und übersät mit schweren Brandwunden.

Ein glänzendes Geschäft

In ihrem Bericht über die Tragödie betont CNNs Chef-Korrespondentin Nima Elbagir, sie habe nicht ausgestrahlte Videoaufnahmen gesehen, die noch schlimmer seien als das, was CNN gezeigt hat. Dann merkte sie an, dass sich die Lage verschlimmern könnte, da Jemens lebenswichtiger Hafen in Hodeidah, der einzige zur Zeit funktionsfähige Hafen des Landes, bereits seit Wochen unter Beschuss anhaltender, durch die Saudi-Koalition geführter Luftangriffe stehe.

Elbagir bezeichnet den Hafen von Hodeidah als «einzige Lebensader zur Versorgung des Jemen.» «Dieser Konflikt wird durch die USA und Grossbritannien gestützt», meint Elbagir und beschliesst ihren Bericht mit den Worten: «Sie bieten volle Unterstützung für die derzeitigen Saudi-geführten Aktivitäten im Jemen.»

US-Unternehmen wie Raytheon, General Dynamics, Boeing und Lockheed Martin haben Waffen im Wert von mehreren Milliarden Dollar an Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate und weitere Länder in der saudisch-emiratischen Koalition verkauft, die den Jemen angreift.

Das US-Militär tankt saudische und emiratische Kampfflugzeuge während deren Luftübungen auf. Zudem helfen die USA den Kriegstreibern der Saudi-Koalition bei der Auswahl ihrer Angriffsziele.

Isa Blumi, Lehrbeauftragter an der Universität Stockholm und Autor des Buches Destroying Yemen (Die Zerstörung des Jemen), ist der Meinung,

die USA seien «an vorderster Stelle verantwortlich» für die Angriffe der Saudi-Koalition.

Bei dem Versuch, die US-Unterstützung für die saudisch-emiratischen Kampfhandlungen im Jemen angemessen zu beschreiben, hat Journalist Samuel Oakford kürzlich folgenden Vergleich eingebracht: «Wenn ein Luftangriff ein Mordanschlag aus einem fahrenden Auto wäre, dann würden die USA das Auto, die Räder, die Pistole, die Kugeln sowie Wartung und Reparatur sowohl für Fahrzeug als auch der Waffen zu Verfügung stellen – und den Sprit.»

Schändliche Politik Komplize Schweiz

In der Unia-Zeitung «works» kritisierte Jean Ziegler am 17. August die schweizerischen Waffenlieferungen an die «Besatzungstruppen aus Saudiarabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten im Jemen» mit harschen Worten: «Die Exporte schweizerischer Kanonen und anderer Hochpräzisionswaffen an die Massmörder aus den Golfemiraten sind von 1,5 auf 9,5 Millionen Franken gestiegen. Im gepeinigten Jemen töten Schweizer Produkte jeden Tag und jede Nacht Kinder, Frauen und Männer. Warum? Weil der Bundesrat mit einer Mehrheit von fünf zu zwei Stimmen – die beiden sozialdemokratischen Mitglieder haben sich vom Bundesrat distanziert – vor der profitgierigen Waffenlobby in die Knie gegangen ist. Wann erwacht endlich unser Parlament? Wann steht die öffentliche Meinung unseres Landes endlich auf und setzt dieser schändlichen Politik der aktiven Komplizität mit Massenmördern ein Ende?»

Protest der SFB

Am 9. Juli forderte die Schweizerische Friedensbewegung (SFB) den Bundesrat in einem Protestbrief «in aller Dringlichkeit» auf, «die sogenannte Anpassung der Bewilligungskriterien in der Kriegsmaterialverordnung umgehend rückgängig zu machen. Die Erlaubnis von Waffenausfuhren in Bürgerkriegsländer ist absolut unvereinbar mit der Schweizer Neutralität und mit unserer humanitären Tradition.»

Blutige Liste

Die Luftangriffe vom 9. August auf Kinder und andere Zivilisten folgen einer tragischen und schmutzigen Liste von saudisch-emiratischen Angriffen, die dem Jemen Blutbäder und extreme Not beschert haben. Am 12. Juni berichteten Ärzte ohne Grenzen von einem Luftangriff, der ihre neu errichtete Einrichtung zur Behandlung von Cholera in der Stadt Abs zerstört hatte, die in Vorbereitung auf einen erwarteten dritten Ausbruch der Cholera im Jemen gebaut worden war.

Dutzende Menschen wurden am 3. August bei einem Luftangriff nahe des Eingangs des Al Thawra-Krankenhauses im Hafen von Hodeidah getötet oder verletzt. Experten, die die bei dem Angriff verwendete Munition untersuchten, glauben, Tod und Zerstörung wurden durch Truppen der Vereinigten Arabischen Emirate verursacht, als diese von ihrem Posten nahe des Flughafens in Hodeidah Mörsergranaten auf das Gebiet feuerten.

Warum führen die Saudis und Emiratis seit März 2015 eine militärische Koalition gegen den Jemen, das ärmste Land der arabischen Halbinsel?

Professor Isa Blumi glaubt, das Ziel sei es, die Jemeniten zu vollständiger Unterwerfung zu prügeln und die Kontrolle über eine «Goldmine» voller Ressourcen zu erlangen, darunter Erdölvorkommen, Erdgas, Mineralien und eine strategisch vorteilhafte Lage. Blumi bemerkt, der Krieg gegen den Jemen koste das Königreich von Saudi-Arabien 200 Millionen Dollar am Tag. Doch der saudische Kronprinz Mohammed Bin Salman, welcher kommentierte, ein andauernder Krieg sei im Interesse Saudi-Arabien, scheint zu glauben, dieser Preis sei es wert, vor allem mit Blick auf mögliche künftige Gewinne.

Wirtschaftliche Gewinne scheinen auch US-Waffenkonzerne zu motivieren, die fortwährend von den Waffenlieferungen an die saudisch-emiratische Koalition profitieren.

Die USA sind zutiefst in das entsetzliche Gemetzel im Jemen verwickelt. Es liegt in unserer Verantwortung als Bürger zu tun, was wir können, um das Ende dieser Mittäterschaft zu verlangen.

Kathy Kelly ist Friedensaktivistin und Autorin. Sie koordiniert die Kampagnen des Bündnisses Voices for Creative Non-violence und steht in enger Zusammenarbeit mit den Afghan Youth Peace Volunteers. Zu ihren Veröffentlichungen gehört Other Lands Have Dreams: from Baghdad to Pekin Prison.
Quelle: rubikon.news

Israel: Minderheiten künftig ohne Rechtsschutz Apartheid per Gesetz

Einen Tag nach Nelson Mandelas 100-jährigem Geburtstag verabschiedete die israelische Knesset gegen die Stimmen der «Joint List» ein «Nationalitätengesetz», das Diskriminierung, Segregation und Apartheid im israelischen Recht festschreibt.

Während die Welt an die Anti-Apartheid-Ikone Mandela erinnert, legalisiert Israel die Apartheid im eigenen Land. Das neue Gesetz definiert Israel als den «Nationalstaat» des jüdischen Volkes und hebt hervor, dass nur jüdische Menschen das Recht auf Selbstbestimmung in Israel haben, was 20% der palästinensischen Bevölkerung in Israel ausschliesst.

Jüdischen Werten wird gegenüber demokratischen ein Vorrecht eingeräumt. Das wiederum ebnet die Basis, um die Gründung von «ausschliesslich jüdischen» Siedlungen weiter voranzutreiben.

Das Gesetz hebt jeglichen Rechtsschutz für Minderheiten in Israel auf und schafft stattdessen die Grundlage, weitere rassistische Gesetzesvorhaben auf den Weg zu bringen. Anfang des Frühjahres wies die Knesset eine Gesetzesvorlage noch zurück, die Israel als einen Staat aller Bürger definiert – eine klare Botschaft an die 20% der nicht-jüdischen Bürger.

Das neue Gesetz erstreckt sich auf das besetzte Ost-Jerusalem und die Golanhöhen, was eine Verletzung der Vierten Genfer Konvention, des humanitären Völkerrechts und aller bestehenden UN-Resolutionen ist. Dieses Gesetz ist vergleichbar mit den Rassengesetzen der Apartheid-Ära in Südafrika.

Die palästinensische NGO Adalah warnte davor, dass dieses Gesetz nicht nur die palästinensischen Bürger Israels diskriminieren wird, sondern auch die palästinensischen Bewohner, die im besetzten Ost-Jerusalem und den Golanhöhen nach dem humanitären Völkerrecht als «geschützte Personen» gelten. Es diskriminiert Araber im Bereich der Staatsbürgerschaft, Eigentum und Landerwerb, der Sprache und Kultur.

PLO-Exekutivmitglied Dr. Hanan Ashrawi verurteilte das neue Gesetz: «Das Gesetz des jüdischen Nationalstaates erteilt der Apartheid, der Diskriminierung, der ethnischen Säuberung und dem Sektiererum einen Freifahrtschein auf Kosten des palästinensischen Volkes. Solche rassistischen und voreingenommenen Gesetze sind nach allen Standards des Völkerrechts, der Demokratie, der Menschlichkeit, der Gerechtigkeit, der Toleranz und Inklusion illegal.»

Sie warnte davor, dass dieses Gesetz Israels Willen stärkt, eine offizielle Politik der ethnischen Reinheit und Überlegenheit zu führen und die indigenen Palästinenser als Bürger

Auszug aus dem Gesetz (unautorisierte Übersetzung):

1. A. Das Land Israel ist die historische Heimat des jüdischen Volkes, in dem der Staat Israel gegründet wurde.

B. Der Staat Israel ist die nationale Heimat des jüdischen Volkes, in der es sein natürliches, kulturelles, religiöses und historisches Recht auf Selbstbestimmung erfüllt.

C. Das Recht auf nationale Selbstbestimmung im Staat Israel ist einzig für das jüdische Volk.

3. Jerusalem, vollständig und vereint, ist die Hauptstadt Israels.

7. Jüdische Siedlung:

A. Der Staat betrachtet die Entwicklung der jüdischen Siedlung als von nationalem Wert und wird handeln, um ihre Errichtung und Konsolidierung zu stützen und fördern.

zweiter Klasse zu verbannen. «Dies bestätigt auch Israels Absicht, das palästinensische Narrativ, ihre Präsenz und Kontinuität aus dem Land zu löschen und gleichzeitig Geschichte, Kultur und Identität des palästinensischen Volkes, das der Gründung des Staates Israel vorausgegangen ist, aktiv auszurotten.» (www.palaestina.org)

Der kürzlich verstorbene israelische Friedensaktivist Uri Avnery meinte in seiner letzten Kolumne («Wer zum Teufel sind wir?», uri-avnery.de):

«Gibt es eine israelische Nation? Natürlich gibt es die. Gibt es eine jüdische Nation? Natürlich gibt es keine.

Juden sind Mitglieder eines ethnisch-religiösen Volkes, das über die ganze Welt verstreut ist und vielen Nationen angehört, mit einem starken Gefühl der Verbundenheit mit Israel. Wir in diesem Land gehören zur israelischen Nation, deren hebräische Mitglieder zum jüdischen Volk gehören.

Es ist wichtig, dass wir dies erkennen. Es entscheidet über unsere Zukunft. Im wahrsten Sinne des Wortes. Schauen wir auf jüdische Zentren wie New York, London, Paris und Berlin oder schauen wir auf unsere Nachbarn Damaskus, Beirut und Kairo? Sind wir Teil einer von Arabern bewohnten Region? Ist uns klar, dass der Frieden mit diesen Arabern und insbesondere den Palästinensern die Hauptaufgabe dieser Generation ist?»

Ohne dich und dich – keine UW!

UNSERE WELT ist auf deine Unterstützung angewiesen!

Durch den jährlichen Mitgliederbeitrag, ein Abonnement oder eine Spende unterstützt Du unsere Arbeit und vor allem die Produktion und Herausgabe dieser Zeitung. Vielen Dank!

Hast Du deinen Beitrag für 2018 schon bezahlt?

Zwei Mal jährlich liegt dieser Zeitung ein Einzahlungsschein bei. Alternativ: Rund um die Uhr und kostenlos kannst Du uns auch bei einer Online-Überweisung berücksichtigen:

PC: 40-1627-7
IBAN: CH72 0900 0000 4000 1627 7
BIC: POFICHBEXXX



Anti-NATO-Kundgebung vom 7. Juli 2018 in Brüssel. Transparent des Weltfriedensrates. Foto WPC

Es ist Zeit, dass die NATO den Weg des Warschauer Paktes geht

Wer bedroht wen?

Der US-amerikanische Anthropologe und Kolumnist von «Foreign Policy In Focus», Conn Hallinan, wirft einen Blick auf die Ergebnisse des Brüsseler NATO-Gipfels und fordert uns auf, die Gipfelerklärung genauer zu betrachten.

Von Conn Hallinan

Das Ergebnis des NATO-Treffens vom 11. bis 12. Juli in Brüssel ging durch die Fixierung der Medien auf Präsident Donald Trumps bombastischen Auftritt verloren, aber die «Gipfelerklärung» sorgt für eine nüchterne Lektüre. Die Medien berichteten, dass das 28-seitige Dokument «die militärische Einsatzbereitschaft verbessert» und «Russland scharf kritisiert» habe, aber darüber hinaus erfuhr man nicht viel über Details.

Details jedoch sind wichtig, denn dort versteckt sich der Teufel.

Ein solches Detail ist die «Bereitschaftsinitiative» der NATO, die die Marine-, Luft- und Bodentruppen im «östlichen Teil des Bündnisses» stärken wird. Die NATO rückt vor, um in Lettland, Estland, Litauen, Tschechien und Polen Basistruppen zu stationieren. Da Georgien und die Ukraine eingeladen wurden, dem Bündnis beizutreten, könnten einige dieser Kräfte an den westlichen und südlichen Grenzen Russlands stationiert werden.

Und das sollte uns zu denken geben.

Eine aktuelle Studie des European Leadership's Network (ELN) mit dem Titel «Einen Konflikt zwischen

Russland und der NATO im Auge» kommt zu dem Schluss: «Die derzeitige Abschreckungsbeziehung zwischen Russland und der NATO ist instabil und gefährlich». Das ELN ist ein unabhängiger Think Tank von militärischen, diplomatischen und politischen Führern, der «kollaborative» Lösungen für Verteidigungs- und Sicherheitsfragen fördert.

Ganz oben auf der Gefahrenliste der Studie steht der «unbeabsichtigte Konflikt», den ELN als «das wahrscheinlichste Szenario für einen Ausbruch» der Feindseligkeiten bezeichnet. «Die unmittelbare Nähe der russischen und der NATO-Streitkräfte», so die Studie, «aber auch die Tatsache, dass Russland und die NATO ihre militärische Haltung auf eine frühe Reaktion ausgerichtet haben, wodurch eine rasche Eskalation noch wahrscheinlicher wird».

Mit Streitkräften, die sich unmittelbar gegenüberstehen, kann «ein Übergang von der Krise zum Konflikt durch die Aktionen der regionalen oder militärischen Befehlshaber auf lokaler Ebene oder als Folge eines unerwarteten Zwischenfalls oder Unfalls ausgelöst werden». Nach Angaben des European Leadership Council gab es im vergangenen Jahr mehr als 60 solcher Vorfälle.

Welche Seite rückt vor?

Das NATO-Dokument richtet sich in der Tat hart gegen Russland, das es wegen der «illegalen und unrechtmässigen Annexion der Krim», seine «provokativen militärischen Aktivitäten, auch in der Nähe der NATO-Grenzen» und seine «erheblichen Investitionen in die Modernisierung seiner strategischen [nuklearen] Streitkräfte» kritisiert.

Das alles zu entschlüsseln erfordert ein wenig Kenntnis der Geschichte, was nicht die Stärke der Medien ist.

Die Geschichte reicht mehr als drei Jahrzehnte zurück bis zum Fall der Berliner Mauer und der Wiedervereinigung Deutschlands. Damals hatte die Sowjetunion rund 380.000 Soldaten in der damaligen DDR stationiert. Diese Kräfte waren dort als Teil des Vertrags, der den Zweiten Weltkrieg beendete, und die Sowjets waren besorgt, dass ihr Abzug die Grenzen der UdSSR bedrohen könnte. Die Russen sind – mit schrecklichen Kosten – in etwas mehr als einem Jahrhundert dreimal überfallen worden.

Anfang der 90er Jahre schlossen Bundeskanzler Helmut Kohl, US-Aussenminister James Baker und der sowjetische Ministerpräsident Michail Gorbatschow einen Deal. Die Sowjets stimmten zu, Truppen aus Osteuropa abzuziehen, solange die NATO das Vakuum nicht füllte, oder Mitglieder des sowjetisch dominierten Warschauer Paktes rekrutierte. Baker versprach Gorbatschow, dass sich die NATO nicht «einen Zentimeter nach Osten» bewegen würde.

Diese Vereinbarung wurde nie niedergeschrieben, aber sie wurde in der Praxis eingehalten. Die NATO blieb westlich von Oder und Neisse, die Deutschland und Polen trennten, und sowjetische Truppen kehrten nach Russland zurück. Der Warschauer Pakt wurde 1991 aufgelöst.

Aber Präsident Bill Clinton sprengte das alles 1999, als die USA und die NATO in den Konflikt zwischen Serben und Albanern in der serbischen Provinz Kosovo eingriffen. Hinter der neuen amerikanischen Doktrin der «R2P» («Responsibility to Protect» – «Verantwortlichkeit zu schützen») eröffnete die NATO eine massive 11-wöchige Bombardierungskampagne gegen Serbien.

Aus Moskauer Sicht war der Krieg unnötig. Die Serben waren bereit, ihre Truppen zurückzuziehen und den autonomen Status des Kosovo wieder-

herzustellen. Aber die NATO forderte eine grosse Besatzungstruppe, die gegen das serbische Recht immun sein würde, was die Serben niemals akzeptieren konnten. Es war praktisch die gleiche provokante Sprache, die das österreichisch-ungarische Reich den Serben 1914 präsentiert hatte, eine Sprache, die den Ersten Weltkrieg auslöste.

Am Ende schnitt die NATO einen Teil Serbiens ab, um den Kosovo zu schaffen, und zeichnete damit die Karte von Europa nach dem Zweiten Weltkrieg neu, was genau das ist, was die Allianz heute Russland mit der Angliederung der Krim vorwirft.

Aber damit war für die NATO nicht Schluss. 1999 rekrutierte das Bündnis die ehemaligen Mitglieder des Warschauer Paktes Ungarn, Polen und Tschechische Republik, vier Jahre später kamen Bulgarien und Rumänien hinzu. Ende 2004 war Moskau mit der NATO in Lettland, Litauen und Estland im Norden, Polen im Westen und Bulgarien und der Türkei im Süden konfrontiert. Seitdem hat das Bündnis die Slowakei, Slowenien, Albanien, Kroatien und Montenegro hinzugefügt. Es hat Georgien, die Ukraine, Mazedonien und Bosnien und Herzegowina eingeladen, sich ebenfalls zu bewerben.

Wenn das NATO-Dokument Russland «provokative» militärische Aktivitäten nahe der NATO-Grenze vorwirft, dann bezieht es sich auf Manöver innerhalb der Grenzen Russlands oder in Belarus, einem seiner wenigen Verbündeten.

Wie der Autor und Aussenpolitiker Anatol Lieven betont, kann «selbst ein Kind» auf einer Europakarte von 1988 sehen, «welche Seite sich in welche Richtung entwickelt hat».

Die NATO wirft Russland auch vor, «einen militärischen Aufbau auf der Krim fortzusetzen», ohne einen Hinweis darauf, dass diese Aktionen eine Reaktion auf das sein könnten, was das Dokument der Allianz als «erhebliche Zunahme der Präsenz der NATO und ihrer maritimen Aktivitäten im Schwarzen Meer» bezeichnet. Russlands grösster Marinehafen am Schwarzen Meer ist Sewastopol auf der Krim.

Bedenkliche Dissonanzen

Man erwartet in einem solchen Dokument keine Ausgeglichenheit, aber es gibt in diesem Dokument Unstimmigkeiten, die Besorgnis erregen.

Ja, die Russen modernisieren ihre Atomstreitkräfte, aber die Obama-Administration war 2009 mit ihrem 1,5-Billionen-Dollar-Programm zur Modernisierung der US-Nuklearwaffensysteme die erste, die dieses Tor durchschritten hat. Beide Programme sind eine schlechte Idee.

Ein Teil der Formulierungen des Dokuments über Russland zielt darauf ab, den Geldbeutel zu Hause zu lockern. Die NATO-Mitglieder stimmten zu, mehr Geld auszugeben, eine Entscheidung, die Trumps Brüsseler Wutanfall über die Ausgaben vorausging.

Es gibt einiges Wunschenken betreffend Afghanistan – «Unsere entschlossene Unterstützungsmission ist erfolgreich» –, obwohl es in der Tat selten schlimmer gelaufen ist. Es gibt vage Hinweise auf den Nahen Osten und Nordafrika, nichts Konkretes, aber eine Erinnerung daran, dass die NATO ihre Mission nicht mehr auf das beschränkt, wozu sie angeblich eingerichtet wurde: die Amerikaner drinnen, die Russen draussen und die Deutschen unten halten.

Die US-Amerikaner sind immer noch drinnen – man sollte Trumps Drohung des Rückzugs mit einem felsengrossen Stück Salz nehmen – es gibt keine ernsthaften Beweise, dass die Russen jemals geplant hatten, hineinzukommen, und die Deutschen sind aufgestiegen, seit sie 1955 der NATO beigetreten sind. Tatsächlich

Nun auch nach Süden NATO-Kolumbien

Kolumbien wird das erste lateinamerikanische Land sein, das der Organisation des Nordatlantikpakts (NATO) als «globaler Partner» beitrifft.

Die Ankündigung vom Juni 2018 fügt das Andenland in die Liste der acht Länder ein, die bereits globale NATO-Partner sind: Afghanistan, Australien, Irak, Japan, Südkorea, Mongolei, Neuseeland und Pakistan.

Zur Zeit verfügen die USA über ein Dutzend Militärstützpunkte in Kolumbien, von wo aus sie Nachbarländer bedrohen, die ihnen nicht gefallen und über reichlich vorhandene natürliche Ressourcen der Region herrschen.

Kolumbien hat diplomatische Verpflichtungen, die mit seinem Eintritt in die NATO verletzt werden. Unter anderem ist es Unterzeichner der Bestimmungen des Tlatelolco Vertrags für das Verbot für Nuklearwaffen in Lateinamerika und der Karibik, der Erklärung der CELAC von Havanna, die Lateinamerika und die Karibik zur Friedenszone proklamiert, der Erklärung Südamerikas als Friedenszone und der Massnahmen zur Bildung von Vertrauen und Sicherheit und ihre Vorgehensweisen, die im Rahmen des Südamerikanischen Verteidigungsrats der Unasur verabschiedet wurden.

Die Entscheidung Kolumbiens liess in Lateinamerika die Alarmglocken läuten. Schliesslich wurde die friedfertige Region im letzten Jahrhundert nur von Streitkräften der USA und Grossbritanniens angegriffen, beides NATO-Mitglieder. (gramma/UW)

war es der Beitritt Deutschlands, der die Gründung des Warschauer Paktes auslöste.

12:1-Vorsprung

Während Moskau als aggressiver Gegner dargestellt wird, umgibt die NATO Russland auf drei Seiten, hat Raketenabwehrsysteme in Polen, Rumänien, Spanien, der Türkei und dem Schwarzen Meer eingesetzt und hat einen 12 zu 1 Vorsprung bei den Militärausgaben. Nun, da die gegensätzlichen Kräfte sich nahezu auf die Zehen steigen, würde es nicht viel erfordern, eine Kettenreaktion auszulösen, die in einem nuklearen Austausch enden könnte.

Doch statt zum Dialog einzuladen, rühmt sich das Dokument, dass die NATO «jede praktische zivile und militärische Zusammenarbeit zwischen der NATO und Russland ausgesetzt hat».

Die Lösung liegt auf der Hand.

Erstens, eine Rückkehr zum militärischen Status von 1998. Während es unwahrscheinlich ist, dass ehemalige Mitglieder des Warschauer Paktes ihre NATO-Mitgliedschaft aufgeben würden, würde ein Rückzug von nicht-nationalen Truppen aus NATO-Mitgliedern, die an Russland grenzen, die Dinge abkühlen.

Zweitens, die Entfernung von Raketenabwehrsystemen, die niemals hätten eingesetzt werden dürfen.

Im Gegenzug könnte Russland die Iskander Mittelstreckenraketen, über die sich die NATO beklagt, entfernen und Gespräche zur Reduzierung der Nuklearbestände vereinbaren.

Aber auf lange Sicht ist es endlich an der Zeit, die Allianzen zu überdenken. Die NATO war ein Kind des Kalten Krieges, als der Westen glaubte, die Sowjets seien eine Bedrohung. Aber das heutige Russland ist nicht die Sowjetunion, und es ist auszuschliessen, dass Moskau dumm genug wäre, eine überlegene Militärmacht anzugreifen.

Die alten Denkweisen sind nicht nur veraltet, sondern auch gefährlich. Es wird Zeit, dass die NATO den Weg des Warschauer Paktes geht.

Quelle und Übersetzung: antikrieg.com

Talon zum Mitbewegen

Name: _____ Vorname: _____

Strasse: _____ Mail (fak.): _____

PLZ: _____ Wohnort: _____

- Ich abonniere die UW (Abo-Preis: Mindestens Fr. 12.–/Jahr)
- Ich möchte Mitglied im Verein Schweizerische Friedensbewegung werden (jährl. Mitgliederbeitrag Fr. 20.– inkl. UW-Abo)
- Ich möchte ein Probeabonnement der UW
- Ich verteile die UW. Bitte stellen Sie mir gratis _____ Exemplare der aktuellen Ausgabe zu.

Datum: _____ Unterschrift: _____

Zutreffendes ankreuzen, ausschneiden und einsenden an: Schweizerische Friedensbewegung, Postfach 2113, 4001 Basel, sfb@bluewin.ch



Ana Belén Montes wurde in den USA 2002 zu 25 Jahren strengster Haft verurteilt, weil sie als Analystin des Pentagon die Regierung Kubas über US-Aggressionspläne unterrichtet hatte. Vor Gericht argumentierte sie, dabei einzig ihrem Gewissen gefolgt zu sein.

Heute mehr denn je

Freiheit für Ana

Die Puertoricanerin Ana Belén Montes, für deren Freilassung aus US-amerikanischer Haft sich die Schweizerische Friedensbewegung seit Jahren einsetzt, richtet sich nach jüngsten Informationen darauf ein, den Grossteil ihrer 25jährigen Haftstrafe absitzen zu müssen und setzt fortan auf Entlassung wegen guter Führung, die frühestens in fünf Jahren möglich sein wird. Derweil gehen die internationalen Aktionen für ihre Begnadigung oder zumindest für Haft erleichterungen weiter. Während einer Anhörung des Dekolonialisierungsausschusses der UNO zu Puerto Rico hatte ihre Cousine Miriam Montes Mock am 18. Juni 2018 Gelegenheit, über ihr Land und Ana zu sprechen. Wir geben ihre Rede in Auszügen wieder. Die Übersetzung besorgte Martin Schwander.

Von Miriam Montes Mock

«Wer sich nicht bewegt, spürt seine Fesseln nicht», hat die marxistische Theoretikerin Rosa Luxemburg einmal gesagt.

Wir Puertoricaner sind angeketet, kolonisiert, abhängig, ohne rechtliche Grundlage, unser eigenes Land aufzubauen. Wir stehen unter der Fuchtel einer diktatorischen Junta, die sich unter grober Verletzung der Menschenrechte unseres Volkes den Interessen der Investoren beugt. Die Wirtschaftskrise, die selbst ein Produkt der diskriminierenden und unwürdigen politischen Beziehungen ist, wird zum Vorwand genommen, eine neoliberale Agenda durchzusetzen, die unsere eigenen Anstrengungen zur Erholung unterläuft. Die grundlegenden Bedürfnisse unseres Volkes – Brot und Gesundheit und Bildung für unsere Kinder – werden gnotiert. Angesichts dieser empörenden Situation sind die Folgen tragisch und unwiderlegbar: grössere Verarmung, Hilflosigkeit und ein verzweifelter Exodus unserer menschlichen Ressourcen.

Aber Puerto Rico war (und ist) nicht das einzige Land, das vom Imperialismus missbraucht worden ist. Vor drei Jahrzehnten wurde Ana Belén Montes der grausamen Bestrafung gewahr, unter welcher die Länder Lateinamerikas und der Karibik durch die Interventionen der US-Regierung leiden. Ihre Arbeit im Pentagon erlaubte es ihr, Aktionen zu identifizieren, die gegen Wohl und Leben der kubanischen Bevölkerung gerichtet waren. Sie hatte die Option, nichts zu tun, sich abzuwenden und den Dingen ihren Lauf zu lassen. Schliesslich ist die Geschichte der Menschheit von Völkern durchzogen, die von mächtigen Nationen in Ketten gelegt werden.

Doch Ana Belén hat sich bewegt. In ihrer Gewissensprüfung wog Solidarität mehr als Apathie. Ihre Solidarität wog sogar mehr als ihr eigenes Leben, ihre eigene Freiheit.

«Zu sagen was ist, bleibt die revolutionärste Tat.», sagte ebenfalls Rosa Luxemburg.

Das revolutionäre Verhalten von Ana Belén und ihre Einkerkung in einem US-Gefängnis bilden einen Diskurs, den niemand ignorieren kann.

Er streicht nicht nur die verwerfliche Unterdrückung einiger Völker durch andere hervor, sondern konfrontiert uns alle mit der Entscheidung, zu sein, wer wir sein wollen.

In Anbetracht der historischen Realität, die wir Puerticaner durchleben, wer wollen wir sein? Oder besser gefragt: Wer wollen wir nicht sein? Wollen wir über die Verhängung von Massnahmen schweigen, die unsere Entwicklung als Volk ersticken? Sollen wir uns wie Lämmer aufzuführen, die sich auf die sichere Schlachtbank führen lassen? Oder sollten wir uns im Gegenteil den Stimmen anschliessen, die Widerstand leisten und ein menschenwürdiges Leben fordern?

Ana Beléns Solidaritätsaktion weist auch auf die Gräben in den Friedensprozessen, die sich in der Gegenwart aufgetan haben. Die Konflikte zwischen den USA und beispielsweise Nordkorea oder Venezuela, müssten eigentlich die Option von Aussöhnung und friedlichen Verhandlungen favorisieren statt der Auferlegung extremer Massnahmen. Das Leben der Gemeinschaften und Nationen zeigt deutlich, dass der Weg der Verhandlungen und der Zusammenarbeit zu dauerhafteren positiven Lösungen führt als ein gegenteiliges Vorgehen. Nicht von ungefähr betont die Präambel zur Erklärung der Menschenrechte die Bedeutung, welche der Förderung der Freundschaft zwischen den Nationen zukommt. Es war genau das, was Ana Belén in ihren Aussagen vor dem Richter verkündete, der ihr Urteil erlassen hatte.

Aber die Welt steht Kopf. Ziel der Nationen ist heute die wirtschaftliche und politische Vorherrschaft. Angesichts der (Überschwemmungs-)Tragödie unseres Landes hat der Raubtiercharakter der Investoren seine Krallen gezeigt. Und die uns auferzwungene Junta zur Finanzkontrolle hat ihn offiziellisiert. Auf der Strecke blieb das Recht der Puertoricaner auf ein würdiges Leben.

Angesichts des Unrechts, welches das kubanische Volk erleiden musste, hat sich Ana Belén Montes zur Solidarität bewegt und dabei rasselten die eisernen Fesseln aus Missständen, Vorurteilen und Ungerechtigkeit.

Heute müssen wir Puertoricaner uns für die Souveränität entscheiden, was bedeutet, uns zum wirklichen Aufbau unseres Landes hin zu bewegen. Indem wir diese Herausforderung annehmen, lassen wir uns inspirieren durch die Integrität und den Mut von Ana Belén als Sinnbild eines Volkes, das die Fesseln des Kolonialismus abschüttelt.

Heute mehr denn je: Freiheit für Ana Belén Montes!

Quelle: *elnuevodia.com*

Dioxin-Opfer verlangt Gerechtigkeit

Chemiegiganten angeklagt

Die ehemalige Schuldirektorin Tran Tho Nga kämpft seit 2014 vor Gericht gegen 26 US-amerikanische Chemiekonzerne, darunter Dow Chemical und Monsanto. Die Dioxin-geschädigte Französin mit vietnamesischer Abstammung sprach an Veranstaltungen der Vereinigung Schweiz-Vietnam und der Frauenvereinigung für Frieden und Fortschritt (SFFF) in Zürich und Basel.

Von Ruedi Bolliger

Tran Tho Nga ist Französin mit vietnamesischer Abstammung und durch US-Amerikanische Entlaubungsmittel geschädigt. Die heute im 77sten Lebensjahr stehende Nga ist Mutter von drei Kindern, wovon das erste an den Spätfolgen von Dioxin verstarb und auch Kinder ihrer Töchter mit Missbildungen auf die Welt kamen.

Der amerikanische Krieg in Vietnam war der bisher grösste chemische Krieg in der Menschheitsgeschichte. Als Folge der dioxinhaltigen Entlaubungsmittel werden in Vietnam auch noch über 40 Jahre nach Kriegsende Menschen mit geistigen und körperlichen Missbildungen geboren. In den USA wurde bisher jede Verantwortung für diese Kriegsverbrechen abgelehnt.

Nga hat am Gerichtshof der französischen Stadt Evry eine Klage gegen 26 US-Chemiefirmen eingereicht. Dies ist ihr möglich, weil sie Doppelbürgerin ist und als französische Staatsbürgerin die Klage einreichen kann.

Geboren 1942 im Französisch-indochinesischen Kolonialismus, verbrachte sie ihre Jugend zur Zeit der amerikanischen Intervention und der von den USA gestützten südvietnamesischen Militärdiktatur. Aus Familientradition kämpfte sie bald für die vietnamesische Unabhängigkeit und Freiheit. Der erste Sieg in der Geschichte der kolonial unterdrückten Völker in Dien-Bien Phu durch die Vietminh, führte 1954 zum Ende von Französisch-Indochina.

Mit dem Genfer Abkommen folgte die Teilung des Landes am 17. Breitengrad. Die Rolle der Franzosen wurde in der Folge durch US-Amerika übernommen. Die vertraglich vorgeschriebenen Wahlen wurden in Südvietnam verhindert, da an der Wahl von Ho Chi Minh als Präsident kein Zweifel bestand. Unter den Machthabern in Südvietnam wurde mit Unterstützung der US-Berater in zunehmendem Masse Terror auf Mitglieder der Front National de Libération ausgeübt. Tran Tho Nga wurde für ihre Sicherheit vor Verfolgung 1955 mit 13 Jahren nach Hanoi geschickt, wo sie die Schulzeit beenden konnte und ein Studium in Chemie machte. In diesen Jahren wurde Ngas Mutter Vorsitzende der Frauen für die Befreiung Südvietnams; durch ihr Engagement für die Unterdrückten im Süden, ihre Inhaftierung in fünf Gefängnissen mit Folter in den «Tiegerkäfigen» von Poulo Condor durch das Militärregime, wurde sie landesweit zum Beispiel für den Widerstand.

Nga wurde 1966 mit weiteren Mitgliedern der FNL über den Ho Chi Minh Pfad nach Südvietnam entsandt. Ihr Reisebericht über den vier Monate dauernden Fussmarsch durch die Teilpfade, mit Laos und Kambodscha, unter Umgehung der amerikanischen und südvietnamesischen Armee, Fortbewegung und Leben im Dschungel, in steter Deckung vor der US-Luftwaffe, ist eindrücklich.

Nga erreichte den Süden zu der Zeit, als sich die US-Amerikaner nicht mehr mit der Anleitung des südvietnamesischen Militärs begnügten und den Kampf nun selbst führten. Sie traf nach über zehn Jahren zunächst ihre zwei Schwestern, ebenfalls in der FNL integriert und bald danach ihre nun 44 Jahre alte Mutter, im «Eisernen Dreieck» in Cu Chi nahe bei Saigon. Dort kam Nga un-

ter einen Regen von dioxinhaltigem Agent Orange, noch ohne zu wissen was das bedeutete.

Ab dem Jahr 1961 wurde durch US-Präsident Kennedy das Programm «Ranch Hand» genehmigt, für die Herstellung diverser chemischer Gifte zur Zerstörung von landwirtschaftlichen Kulturen und Wäldern. Das Programm gipfelte in der Produktion von Agent Orange, mit welchem 10% der Fläche Südvietnams mit 68 000 m³ dioxinhaltigem Entlaubungsgift besprüht wurden.

Im April 1967 heiratete Nga einen Begleiter und Genossen aus der Schul- und Studienzeit. Bis zur Befreiung war sie für die FNL in der Öffentlichkeitsarbeit in Saigon tätig, mit Kontakten zur internationalen Presse und um Verbindungen mit leitenden Personen in Ämtern und Firmen herzustellen.



Am 17. Juni 2018 in Zürich: Tran Tho Nga. Foto R. Bolliger

Nach der Tet-Offensive 1968, als die Bilder mit den zahlreichen zivilen vietnamesischen Opfern um die Welt gingen, wurden die internationalen Proteste gegen den US-Krieg in Vietnam zunehmend stärker, symbolisiert durch die US-Hymne mit Kriegecho von J. Hendrix in Woodstock 1969. Noch 1972 bombardierte die US-Airforce während 12 Tagen die nordvietnamesischen Städte Hanoi und Haiphong. Die weiter wachsenden Proteste führten 1973 zum Abzug der Amerikaner und zur Vietnamisierung des Krieges.

Von 1968 bis 1974 brachte Nga drei Töchter zur Welt. Die Erste wurde im Dschungel entbunden und lebte nur kurze Zeit. Die zweite wurde durch den steten Einsatz von Nga bald von der Grossmutter betreut. Die dritte Tochter wurde von der durch Folter Geschwächten im Gefängnis geboren, kurz vor der Befreiung.

Nach 1975 war Nga Direktorin an zwei Schulen in Ho Chi Minh. Sie beschreibt die Schwierigkeiten und Fehler, die in dieser Zeit des Neubeginns im Süden begangen wurden und den Existenzkampf während der Zeit der vom Westen verfügten Isolation. Die beiden Töchter konnten zum Studium nach Australien. 1992 ging Nga in Pension. Danach vermittelte sie Waisenkinder an französische Eltern und gründete eine Reiseagentur.

1993 reise Nga erstmals nach Frankreich, dem Land, welches ihr von der Sprache und Kultur aus der Kindheit nahestand. Dort organisierte sie mit 300 französischen Veteranen – zunächst gegen vietnamesischen Widerstand – eine Erinnerungsreise nach Dien Bien Phu. Die Reise erweckte in Vietnam wie in Frankreich viel Sympathie, Freundschaft und auch Spenden für Schulen, Brücken usw. Die

Zuerkennung der Légion d'honneur durch Präsident Chirac war eine Folge daraus.

In den Jahren danach bis heute beschäftigten Nga die Dioxinfolgen von Agent Orange. Ein Auslöser war ihre älteste Tochter in Australien, die ein krankes Kind zur Welt brachte sowie Besuche in stark betroffenen Regionen von Thai Binh, Cu Chi und Dörfern im Mekongdelta, wo viele der von Dioxin Geschädigten als Ursache eine Art Strafe vermuteten. Ab 2004 setzt sich die Vietnamesische Association of Victims of Agent Orange, VAVA für die zwischen 2.1 bis 4.8 Millionen betroffenen vietnamesischen Opfer ein.

2008 wurde die Tochter Ngas aus Australien in Frankreich untersucht und eine genetische Hämoglobin-Krankheit festgestellt, die vererbbar ist. 2009 fand in Paris der internationale (nichtjuristische) Prozess statt zur Unterstützung der Opfer von Entlaubungsmitteln, an dem Nga und auch die vietnamesische Ärztin Nguyen Thi Ngoc Phuong, die viel Erfahrung mit Dioxinopfern hat, teilnahmen. Dort wurde zusammen mit

weiteren zwölf Zeugen, die aus den Vereinigten Staaten, aus Südkorea und den Philippinen gekommen waren, der Beschluss gefasst, Nga soll als Betroffene und als Stellvertreterin einen Prozess gegen die amerikanischen Chemie-Konzerne führen, die das Entlaubungsmittel produziert und während des Vietnamkriegs an die Streitkräfte der Vereinigten Staaten ausgeliefert haben. Nga wurde vom deutschen Laboratorium Eurofins GfA auf Dioxin untersucht und bekam 2011 den Bescheid von einem überdurchschnittlichem Gehalt von 2,3,7,8-TCDD im Fettgewebe, von welchem bei einer Schwangerschaft über die Hälfte ans werdende Kind weitergegeben wird.

Am 14. Mai 2014 wurde die Klageschrift eingereicht und der Prozess eröffnet, mit Kopien an 26 amerikanischen Konzerne, darunter Monsanto und Dow Chemical. Von den 26 angeklagten US-Chemiekonzernen haben nach Prozessbeginn im Mai 2015 19 Firmen reagiert und bekämpfen Tran Tho Ngas Anklage mit je zwei Rechtsanwälten. Nga wird von drei Rechtsanwälten für die umfangreiche Anklageakte und die Verteidigung kostenlos unterstützt, gegen 38 Anwälte der Chemiekonzerne. Gegenwärtig kommen die Prozesse in die Phase mit den Plädoyers der Angeklagten, die den Prozess wahrscheinlich in die Länge ziehen, in der Hoffnung die Anklagende erleben den Richterspruch nicht mehr...

Durch die Unterstützung von fortschrittlichen Organisationen konnte Nga den Prozess gegen die Giganten beginnen. Weitere Unterstützung ist sicher erforderlich!

Benutzte Quelle: Tran Tho Nga, *Ma terre empoisonnée*, Verlag Stock 2016, ISBN 978-2-234507901-4

Reportagen aus dem Donbass

Europas vergessener Krieg

Mit Waffen lassen sich keine Herzen gewinnen, meint André Widmer in seinem Buch «Ostukraine – Europas vergessener Krieg». Unsere Redaktionskollegin Toni Mächtlinger hat Widmers Buch für uns gelesen.

Von Antoinette Mächtlinger

André Widmer gehört zur raren Spezies der Journalisten, die genau hinschauen und dann erst schreiben. Unter schwierigen Bedingungen hat er sich mehrmals zwischen 2015 und 2017 Zugang verschafft zu verschiedenen Orten und Menschen auf beiden Seiten der Front, die sich durch die Ukraine zieht. Dazu braucht er vertrauenswürdige, sprachkundige Fahrer und sogenannte Fixer, die für ihn Verbindungen herstellen und ihn begleiten. Die Überzeugungskraft seiner Reportagen liegt in seiner Unvoreingenommenheit. Er sieht hin und hört zu. (Und er fotografiert.)

Donezk: Verbindung unterbrochen

Zu Anfang schildert Widmer die Entwicklung in Donezk zwischen 2015 und 2017. Da die Ukraine 2014 eine Wirtschaftsblockade über den Donbass verhängt hat und eine Verbindung zwischen den beiden Gebieten nur an fünf Grenzübergängen besteht – mit bis zu 24 Stunden Wartezeit –, werden nach und nach eigene Strukturen entwickelt: Stromversorgung, Verkehrswesen, Post, Bank, Gesundheitswesen usw. Eine Oberärztin schildert die prekäre Lage im Spital, das völlig abhängig ist von der Hilfe des IKRK, von Médecins Sans Frontières und russischen Hilfskonvois. Das neu gebildete Parlament der Donezker Volksrepublik, das 100 Sitze umfasst, wird presidiert von Denis Puschilin, mit dem der Autor ein langes Interview führt. «Je länger die Ukraine die Minsker Abkommen nicht erfüllt», sagt er, «desto selbständiger und wirtschaftlich unabhängiger von der Ukraine werden wir.» Ein Problem, das immer wieder angesprochen wird. Widmer besucht den zerstörten Flughafen Donezk, die zerstörte Stadt Debalzewe. Die knappen Beschreibungen gehen unter die Haut.



André Widmer (1973) ist Schweizer Journalist. Seit 2006 verfasst er Reportagen über Themen aus den Ex-Sowjetrepubliken, dabei reiste er auch mehrmals in die Ukraine, zuletzt 2017.

Veröffentlicht werden seine Texte unter anderem in der NZZ, der WOZ, der Welt, Neues Deutschland und dem Magazin Profil. Intensiv recherchiert hat Widmer auch im Südkaukasus zum Konflikt um Bergkarabach. 2013 publizierte er hierzu das Buch «Der vergessene Konflikt».

Ostukraine – Europas vergessener Krieg. Reportagen aus dem Donbass. 176 Seiten, mit farbigem Bildteil. Rotpunktverlag, Zürich 2018. ISBN 978-3-85869-775-2. Erhältlich bei Buchhandlung Waser, Rümelinplatz 17, 4001 Basel, Tel. 061 261 02 89; buecher-waser@bluewin.ch

Die ukrainische Seite

Auf der ukrainischen Seite der Front sieht es kaum besser aus, die Gegend «scheint wie vergessen von Kiew, von der Regierung, die Hunderte von Kilometern entfernt ist und den Osten des Landes sichtbar vernachlässigt hat.» Auch hier sind 126 Schulhäuser und 1335 Kilometer Strassen zerstört! Die Elektrizitätsversorgung ist mangelhaft, da sich 93 Bergwerke auf dem Gebiet der Separatisten befinden. Das Interview mit dem «Minister für temporär besetzte Gebiete und vertriebene Personen», Vadym Chernish, zeigt keine Lösungsansätze für die Probleme der Hunderttausende Binnenflüchtlinge. Die ukrainischen Politiker halten sich an das Gesetz, das im Januar 2018 mit 280 von 450 Stimmen beschlossen worden ist und das besagt, dass die «zeitweilig besetzten Gebiete der Regionen Donezk und Luhansk russisch besetztes Gebiet» sei. Mit diesem Gesetz habe das ukrainische Parlament «einen weiteren, unmissverständlichen Pflock in den Boden gerammt», schreibt Widmer.

Der «Rechte Sektor»

Der Autor findet Gelegenheit, sich über längere Zeit intensiv mit drei Söldnern des Rechten Sektors zu unterhalten. Der Rechte Sektor ist unter den ukrainischen Freiwilligenbataillonen (wie Azow, Donbass, Aidar) das radikalste. Auf die Frage, warum er sich dem Rechten Sektor angeschlossen habe, erklärt Kommandant Podolanin: «Damals auf dem Maidan war das die bestorganisierte und aussichtsreichste Kraft. Ich habe begriffen, dass der Krieg direkt nach dem Maidan beginnen wird.»

Institut für Euro-Atlantische Kooperation, Kiew

Ein bekannter Vertreter dieses Instituts ist der Politologe Andreas Umland. Im Gespräch vertritt er die Seite der ukrainischen Regierung: sie habe die Minsker Abkommen «quasi mit dem Revolver an der Schläfe» unterzeichnet. Allerdings müssten Übertreibungen etwa in der ukrainischen Bildungs-, Sprach- und Erinnerungspolitik eingedämmt werden. Umland ist nicht optimistisch. Aus seiner

Sicht besteht die vage Möglichkeit, dass die Russen kriegsmüde werden und dann eine provisorische Administration und eine schwer bewaffnete UNO-Friedensmission eingesetzt werden könnten.

Alexander Hug, Vizechef der OSZE-Mission

Der Schweizer Alexander Hug erklärt den Auftrag der OSZE-Mission. Sie muss beobachten und berichten, sie darf weder eingreifen noch beurteilen. Die Grundlage ist das Vertrauen beider Seiten. Und dieses Vertrauen ist immer wieder gefährdet. 404 zivile Opfer hat die OSZE von Januar bis Oktober 2017 verifiziert, die täglichen Waffenstillstandsverletzungen können in die Tausende gehen. Hug beantwortet alle Fragen offen und ausführlich. Es ist ihm ein Anliegen, das Leiden der Zivilbevölkerung hervorzuheben. Am Schluss äussert er eine Hoffnung. Die Tatsache, dass 40 000 Ukrainer jeden Tag die Kontaktlinie überschreiten, zeigt, dass es kein ethnisch, religiös, kultureller Konflikt ist: «Das heisst, die Leute wissen ganz genau: Es ist nicht ihr Konflikt.»

Menschen!

Nicht nur Offizielle werden interviewt: Widmer spricht mit allen. Er fährt in die «Graue Zone», in «Geisterdörfer», und trifft Menschen, die dort ausharren, vergessen von der Welt. Er beschreibt ihre Versuche, Strom zu gewinnen, Gemüse anzupflanzen, minimale Strukturen aufzubauen, Kinder zu unterrichten. Er berichtet von Menschen, die vermisste Angehörige suchen. «Der Krieg ist schlecht», sagt die Grossmutter von Widmers Fahrer im Hinterhof des Hauses, von dessen 25 Wohnungen noch vier bewohnt sind. Solche Geschichten brauchen keinen Kommentar. Der Autor ist denn auch sehr zurückhaltend mit Meinungsäusserungen. Erst im Nachwort ruft er dazu auf, den Druck auf die Konfliktparteien zu erhöhen, denn: «Der Westen des Landes mag stärker Europa, der Osten mehr Russland zugewandt sein. Doch mit Waffen lassen sich keine Herzen gewinnen – das sollten sich alle, die ihre Hände im Spiel haben, merken. Vielmehr ist es wichtig, dass die in den Minsker Abkommen geregelten Punkte auch umgesetzt werden.»

Eine kluge Stimme ist verstummt

Uri Avnery gestorben

Uri Avnery, der israelische Friedensaktivist, dessen kluge und mutige Kommentare wir in UNSERE WELT immer wieder veröffentlichen durften, ist am 20. August 2018 nach kurzer Krankheit im Alter von 95 Jahren verstorben. Wir dokumentieren Auszüge aus dem Nachruf von Gusch Schalom, dem unabhängigen Israelischen Friedensblock, den er mitbegründen half.

Gusch Schalom beklagt und betrauert den Tod seines Gründers Uri Avnery. Bis zu seinem letzten Augenblick setzte er den Weg fort, den er seit Jahrzehnten gegangen war. Am 4. August brach er in seiner Wohnung zusammen, als er gerade im Begriff war, zum Rabin-Platz aufzubrechen, um dort an einer Demonstration gegen das «Nationalitätsgesetz» teilzunehmen. Das war ein paar Stunden, nachdem er einen scharfen Artikel gegen dieses Gesetz veröffentlicht hatte.

Avnery widmete sich ganz und gar dem Kampf für einen Friedensschluss zwischen dem Staat Israel und dem palästinensischen Volk in einem unabhängigen Staat. In gleicher Weise widmete er sich einem Friedensschluss zwischen Israel und der arabischen und muslimischen Welt. Er kam nicht bis ans Ende dieses Weges,

er hat nicht mehr erlebt, dass Frieden geschlossen wird. Wir – die Mitglieder von Gusch Schalom ebenso wie sehr viele andere Menschen, auf die er direkt oder indirekt Einfluss ausübte – werden seine Mission fortführen und sein Gedächtnis in Ehren halten.

In die Geschichte des Staates Israel wird Uri Avnery als weit vorausblickender Visionär eingehen, der einen Weg wies, den andere nicht sahen. Es ist das Schicksal und die Zukunft des Staates Israel, mit seinen Nachbarn in Frieden zu leben und sich in die geografische und politische Region zu integrieren, in der es liegt und zu der es gehört. Avnerys stärkste Widersacher werden schließlich doch in seine Fußstapfen treten müssen, denn dem Staat Israel bleibt nun einmal nichts anderes übrig.

Quelle: www.uri-avnery.de



Führt die Wahlumfragen deutlich an: Brasiliens Ex-Präsident Lula da Silva. Foto Stuckert

UNO stellt sich hinter Lula Ohrfeige aus Genf

Das in Genf ansässige UNO-Hochkommissariat für Menschenrechte (UNHCHR) forderte die brasilianische Regierung am 17. August 2018 auf, sicherzustellen, dass der ehemalige Präsident Luiz Inácio Lula da Silva in den kommenden Wahlen seine politischen Rechte als Präsidentschaftskandidat geniessen und ausüben kann und entsprechende Massnahmen zu ergreifen.

Die Erklärung kommt einer einstweiligen Verfügung gleich und geht auf eine Beschwerde der brasilianischen Rechtsanwälte von Lula, Valeska Teixeira Zanin Martins und Cristiano Zanin Martins, sowie des britischen Anwalts Geoffrey Robertson zurück.

Das Büro des UNHCHR schrieb, dass die brasilianischen Behörden «alle notwendigen Massnahmen ergreifen sollten, um sicherzustellen, dass der Autor [Lula] seine politischen Rechte als Kandidat für die Präsidentschaftswahlen 2018 geniessen und wahrnehmen kann, einschliesslich eines angemessenen Zugangs zu den Medien und zu Mitgliedern seiner politischen Partei.»

Der brasilianische Staat, so schrieb das Hochkommissariat, «sollte den Autor nicht daran hindern, sich bei den Präsidentschaftswahlen 2018 zur Wahl zu stellen, bis die anhängigen Anträge auf Überprüfung seiner Verurteilung in einem fairen Gerichtsverfahren abgeschlossen sind und die Verurteilung rechtskräftig geworden ist.»

Das Büro des UNHCHR stützte seine Entscheidung auf den möglichen Verstoß gegen Artikel 25 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte, der 1992 von Brasilien unterzeichnet wurde, und auf das Vorliegen eines möglichen irreparablen Schadens für Lulas Rechte.

Das Land hat 2009 die Zuständigkeit des Ausschusses anerkannt.

Der vom Ausschuss in seiner Erklärung erwähnte Artikel besagt: «Jeder Staatsbürger hat das Recht und die Möglichkeit, (...) ohne unangemessene Einschränkungen

a) an der Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten unmittelbar oder durch frei gewählte Vertreter teilzunehmen;

b) bei echten, wiederkehrenden, allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlen, bei denen die freie Äusserung des Wählerwillens gewährleistet ist, zu wählen und gewählt zu werden;

c) unter allgemeinen Gesichtspunkten der Gleichheit zu öffentlichen Ämtern seines Landes Zugang zu haben.»

In einer Erklärung schrieben Lulas Anwälte, damit könne «kein brasilianisches Staatsorgan mehr Ex-Präsident Lula daran hindern, bei den Präsidentschaftswahlen 2018 zu kandidieren, solange nicht seine Verurteilung in fairen Gerichtsverfahren endgültig und unanfechtbar ist; ausserdem wird ihm während der Kampagne der uneingeschränkte Zugang zu den Medien und Mitgliedern seines politischen Bündnisses gewährleistet werden müssen.»

Quelle: Brasil de Fato. Übersetzung Martin Schwander



Solidarität mit Venezuela

Mitglieder des Solidaritätsbündnisses Alba Suiza haben sich am 18. August in Bern an einer Mahnwache mit Venezuela solidarisiert. Im Zusammenhang mit dem gescheiterten Attentat gegen Präsident Nicolas Maduro schrieben sie in einer gemeinsamen Erklärung u.a.: «Jede Form und Manifestierung terroristischer Handlungen, Methoden und Praktiken sind zu verurteilen. Sie bedrohen das Leben und den Frieden der Völker und sind weder durch wirtschaftliche, soziale noch politische Motive zu rechtfertigen.» Die Schweiz wird in der Erklärung aufgefordert, den Anschlag gegen das Leben eines Staatsoberhauptes zu verurteilen. Foto zvg

Weltfriedensrat tagt in London

Für den Frieden – Nein zum Krieg

Am 26. Mai 2018 fand das jährliche Treffen der europäischen Mitgliederorganisationen des Weltfriedensrats (WPC = World Peace Council) in London, England mit 16 Teilnehmerorganisationen statt. Die Schweizerische Friedensbewegung (SFB) war durch SFB-Sekretärin Julia Hoppe vertreten.

Von Julia Hoppe

Für das Treffen wurde ein historischer Ort ausgesucht, die Marx Memorial Library, in der auch das Archiv von John Desmond Bernal, dem Mitbegründer und langjährigen Präsidenten des Weltfriedensrates, beheimatet ist. An der diesjährigen Zusammenkunft nahmen wieder zahlreiche Mitgliederorganisationen aus allen Teilen Europas teil: Britische Friedensversammlung (Gastgeber), Belgrader Forum für eine Welt der Gleichen, Rat für die Verteidigung für Solidarität und Frieden, Zyprischer Friedensrat, Tschechische Friedensbewegung, Deutscher Friedensrat, Griechisches Komitee für internationale Entspannung und Frieden, INTAL aus Belgien, Friedenskomitee der Türkei, Portugiesischer Rat für Frieden und Zusammenarbeit (Regionalkoordinator), Schweizerische Friedensbewegung, Gäste von ausserhalb Europas und befreundete Organisationen: US Friedensrat, Antikriegsausschuss von Mailand sowie als Vertreter des Weltfriedensrats dessen Vize-Präsident Jamshid Ahmadi (Verein zur Verteidigung des Friedens, Solidarität und Demokratie Iran) und Exekutiv-Sekretär Iraklis Tsavdaridis (Griechisches Komitee für internationale Entspannung und Frieden).

Das Treffen wurde von der «British Peace Assembly» organisiert, wofür wir uns an dieser Stelle nochmals herzlich bedanken möchten! Gemeinsam mit den Regionalkoordinatoren aus Portugal leiteten sie ein perfekt koordiniertes und organisiertes Regionaltreffen. Passend zum 200. Geburtstag von Karl Marx, der in diesen Zeitraum fiel, erhielten wir zum Abschluss der Tagung eine spannende Führung durch die Marx-Bibliothek.

Gegen Einmischung im Iran

Da in diesem Jahr nur ein Tag für das Regionaltreffen vorgesehen war, sahen wir uns mit einer dichten Traktandenliste konfrontiert, die wenig Platz für intensive Diskussionen liess. Die aktuelle Situation in Europa und die Berichte zu den Aktivitäten der einzelnen Organisationen standen am Anfang der Tagung und auch die Schweizerische Friedensbewegung berichtete wieder von ihren Aktivitäten in den letzten Monaten. Des Weiteren wurde die andauernde «YES to Peace – NO to NATO»-Kampagne besprochen sowie die Umsetzung des Aktionsplans, der in Hanoi im November 2017 beim letzten Exekutivkomitee-Treffen des Weltfriedensrats lanciert wurde. Die Abschaffung nuklearer und anderer Massenvernichtungswaffen, der Atomwaffensperrevertrag und die Kampagne gegen die Militarisierung der EU waren weitere Kernaspekte der Zusammenkunft in London.

Die Konzentration lag zu Beginn des Tages vor allem auf den Berichten aus den verschiedenen Mitgliederorganisationen, Schlüsselaspekten auf europäischer sowie internationaler Ebene. Jamshid Ahmadi, Vizevorsitzender des Weltfriedensrats, sprach zu den Gefahren eines neuen Kriegs der USA, der NATO, der EU und ihrer Verbündeten (Israel und Saudi Arabien) gegen den Iran und appellierte an die Organisationen, Massnahmen für den Frieden zu ergreifen und diese Aggression zu verhindern. Daraufhin wurde noch vor Ort ein Resolutionsentwurf verfasst, der zur Überprüfung an alle Mitgliedsorganisationen versandt wurde. Es wird darin bekräftigt,

dass jeder Krieg gegen den Iran den Kampf des iranischen Volkes für Frieden, Souveränität, Volksrechte, demokratische Rechte und soziale Gerechtigkeit untergraben wird. Es wird festgehalten, dass die Zukunft des Irans und seines politischen Systems ausschliesslich Sache des iranischen Volkes selbst ist und dass ausländische Interventionen, unter welchem Vorwand auch immer diese stattfinden mögen, abgelehnt werden.

WFR-Präsenz am NATO-Gipfel in Brüssel

Ein weiterer zentraler Aspekt der Tagung war die Anti-NATO-Kampagne. So wurde beschlossen, zum NATO-Gipfel vom 11. und 12. Juli 2018 in Brüssel am selben Ort an einer öffentlichen Veranstaltung von INTAL teilzunehmen, am Tag darauf eine Konferenz des Weltfriedensrates zu organisieren und sich gleich danach

und Initiativen zu folgenden Themen beschlossen:

- Nein zur Erhöhung der Militärausgaben für Krieg
- Rückzug aller NATO-Truppen
- Ende von Erpressung, Destabilisierung und imperialistischen Angriffskriegen gegen souveräne Staaten und Völker
- Unterstützung von Flüchtlingen und anderen Opfern von Kriegen
- Schliessung von Militärbasen auf fremden Territorien
- Abschaffung von Kernwaffen und anderen Massenvernichtungswaffen
- Widerstand gegen die Erweiterung der NATO – Abschaffung der NATO
- Respektierung der Prinzipien der Gründungskunde der UNO und der Souveränität und Gleichheit von Völkern und Staaten

Dubliner Konferenz gegen Militärstützpunkte

Des Weiteren wurde über den Stand von Initiativen zur regionalen Umsetzung des Aktionsplans diskutiert,



Gruppenbild des WFR-Regionaltreffens in London. Vierte von rechts SFB-Sekretärin Julia Hoppe. Foto: Ceské mirové hnutí

der vorgesehenen Gegenkundgebung anzuschliessen. Es wurde in London unterstrichen, wie wichtig es ist die Kampagne «JA zum Frieden – NEIN zur NATO» («YES to Peace – NO to NATO») fortzusetzen. Es wurde an alle Organisationen und Aktivisten in Europa appelliert, Aktionen durchzuführen gegen die NATO und den Gipfel in Brüssel, für den Rückzug der einzelnen Länder aus der Organisation und schliesslich für die Auflösung dieses politisch-militärischen Blocks.

In Fortsetzung früherer Aktionen wurden in London Mobilisierungen

der an der Sitzung des Exekutivkomitees des Weltfriedensrats im November 2017 in Hanoi beschlossen wurde. So wird in Dublin, Irland im Rahmen einer globalen Koalition vom 16. bis 18. November die Internationale Konferenz gegen US- und NATO-Militärstützpunkte stattfinden. Die Wichtigkeit solidarischer Aktionen und Initiativen mit den Völkern Palästinas, der Türkei, der Ukraine, der Westsahara, des Jemen, Brasiliens, Kolumbiens sowie mit Kuba, Venezuela und anderen wurde unterstrichen und ihre Unterstützung begrüsst.



Jahrestagung der SFB

Am 5. Mai 2018 trafen sich im Basler «Torstübli» Friedensfreundinnen und -freunde aus der deutschen und italienischen Schweiz zur 69. Jahrestagung der Schweizerischen Friedensbewegung (SFB). Die Tagung prüfte die Tätigkeit der SFB im vergangenen Jahr, entlastete Kassier und Vorstand und beschloss das Aktionsprogramm für 2018. Foto Wanitsch



argus

Der neue Diskussionsclub der SFB

«Argus» ist da!

In der letzten Ausgabe von UNSERE WELT wurde ARGUS angekündigt, jetzt ist er da: Der Diskussionsclub für moderne Politik der Schweizerischen Friedensbewegung ist am 18. Juni dieses Jahres gegründet worden. Der vorgeschlagene Name des Clubs wie auch das Logo wurden bestätigt. Als Clubleiter wurde Alexander («Sascha») Genitsch bestimmt. Der Club trifft sich grundsätzlich einmal pro Monat in Basel.

Unsere Ziele

Unser Hauptziel ist es, eine Plattform zu schaffen für aktive Meinungsbildung (im Gegensatz zu Vorträgen, zum Beispiel), wo unsere Mitglieder friedensrelevante Themen selber bearbeiten, eigene Forschungen machen und Resultate kontrovers diskutieren. Diese Aufgabe ist heute aktueller denn je: Die moderne Politik ist nicht gerade ein Wahrheitsparadies, und Lüge war schon immer der schlimmste Feind des Friedens. Man sagt, die Wahrheit ist das erste Opfer des Krieges – mehr, die Wahrheit stirbt oft schon vor dem Krieg. In alten Zeiten konnten Monarchen auch grundlos in den Krieg ziehen, in neueren Zeiten herrscht Legitimationsdruck, und Gründe werden erfunden oder inszeniert: Gleiwitz-Überfall (2. Weltkrieg), Tonkin-Zwischenfall (Vietnamkrieg), Brutkasten-Lüge (2. Golfkrieg), Saddams Massenvernichtungswaffen (Irakrieg) etc. etc.

Unsere Grundsätze

Wie schon angekündigt, wird unser Club parteipolitisch, ideologisch und konfessionell neutral sein, und einzig und allein der Wahrheit und dem Frieden verpflichtet. Frieden dient allen (ausser einer winziger Minderheit von Kriegsprofiteuren) und die Wahrheit ist der beste Freund des Friedens. (Nebenbemerkung: die Verteidiger der offiziellen Version der Ereignisse vom 11. September machten aus dem Begriff «truther», «Wahrheitssuchende», ein Schimpfwort – die Wahrheit kann auch unangenehm sein.)

Wir werden uns bemühen, gute Bedingungen zu schaffen für fruchtbare Diskussionen. Dazu gehören das Recht auf freie Meinungsäusserung (natürlich innerhalb der Grenzen, die in der zivilisierten Gesellschaft gelten) und Respekt für andere Meinungen. Eine Diskussion darf nicht zu einem Streit ausarten.

Der Club steht offen auch für Nichtmitglieder der Schweizerischen Friedensbewegung.

Arbeitsmethoden

Es gibt Tätigkeitsfelder, wo Menschen grundsätzlich auf der Wahrheitssuche sind: z.B. Wissenschaftler, Kriminalbeamte, Investigativjournalisten (Werber gehören leider nicht dazu). Wir haben uns darauf geeignet, dass wir etwas von allen drei entnehmen.

Wissenschaft. Unsere Behauptungen müssen wissenschaftlich begründet

sein (besonders wichtig im Fall von 9/11), historische Bezüge und Zitate einwandfrei belegt.

Kriminalistik. Hier haben wir beschlossen, auf die Arbeitsweise von Sherlock Holmes zu greifen, die er so prägnant formulierte:

- Es ist ein kapitaler Fehler, eine Theorie aufzustellen, bevor man entsprechende Anhaltspunkte hat. Unbewusst beginnt man Fakten zu verdrehen, damit sie zu den Theorien passen, statt dass die Theorien zu den Fakten passen.

- Trauen Sie niemals allgemeinen Eindrücken, sondern konzentrieren Sie sich auf Einzelheiten.

- Je ungewöhnlicher und grotesker ein Vorfall ist, um so sorgfältiger muss er analysiert werden, und gerade der Punkt, der einen Fall scheinbar kompliziert werden lässt, ist, wenn er genau und wissenschaftlich untersucht wird, meist derjenige, der den Fall aufklärt.

- Wenn du das Unmögliche ausgeschlossen hast, das, was bleibt, so unwahrscheinlich es auch sei, muss die Wahrheit sein.

Investigativjournalismus. Wenn wir etwas Rechtes zustande bringen, werden wir das den anderen zugänglich machen (elektronisch oder auf Papier).

Themen

Das erste Thema, das wir uns vornehmen, sind die Ereignisse vom 11. September 2001. Für fast alle folgenden Kriege und Konflikte, die auch uns in Europa betreffen, mussten und müssen diese Ereignisse als Vorwand erhalten. Was damals wirklich passierte, ist deshalb von höchster friedenspolitischer Relevanz und bewegt die Gemüter noch heute stark («Arena» mit Daniele Ganser und seine Vorträge in Basel, zum Beispiel). Es wird aber von den Massenmedien fast vollständig ignoriert. Jeder Zweifel an der offiziellen Theorie, die von Widersprüchen nur so strotzt, wird als «Verschwörungstheorie» abgetan. Es ergibt also auf jeden Fall einen Sinn, diesem Thema nachzugehen.

Es wurden auch andere Themen vorgeschlagen: z.B. Kriege in Syrien und Jemen. Wir haben vor, verschiedene Themen parallel zu bearbeiten.

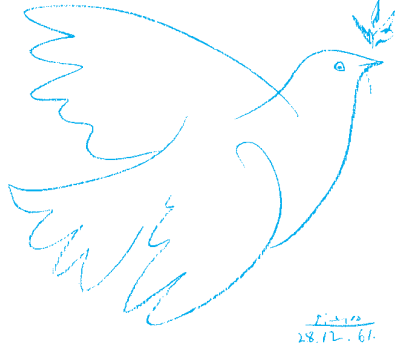
Anmeldung

Interessierte können sich mit untenstehendem Talon oder hier anmelden: argus@friedensbewegung.ch.

Ich interessiere mich für «argus»

Name
Vorname
Strasse, Nr
PLZ, Ort
E-Mail

Bitte einschicken an Friedensbewegung, Postfach 2113, 4001 BASEL



Unsere Welt

Zeitung der Schweizerischen Friedensbewegung (SFB)

Impressum

Herausgeber: Schweizerische Friedensbewegung SFB, Postfach 2113, CH-4001 Basel
Verantwortlich für die Herausgabe: Martin Schwander
Redaktion: Franziska Genitsch, Julia Hoppe, Jonas Jäggi, Toni Mächtlinger, Ruedi Moser, Martin Schwander, Louise Stebler, Samuel Wanitsch, Monika Waser
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

«Unsere Welt» erscheint viermal jährlich.

Auflage: 5 000

Mail: sfb@bluewin.ch Telefon: 061/681 03 63 Fax: 061/681 76 32

Abonnementspreis: mindestens 12 Franken. PC: 40-1627-7 IBAN: CH72 0900 0000 4000 1627 7

Satz/Layout: ComTex, 3414 Oberburg

Druck: Bubenberg Druck- und Verlags AG, Bern

Mithelfen

«Unsere Welt» erscheint seit 1978. Dies, weil die Freundinnen und Freunde der UW mit Spenden es ermöglichen und weil viele Helferinnen und Helfer bei der Verbreitung mithelfen.

Wie kann ich helfen?

Indem Sie den Einzahlungsschein benützen und/oder einen Bund Zeitungen bestellen und an Ihrem Ort an Versammlungen oder in die Briefkästen verteilen. Benützen Sie dazu den Talon auf Seite 3. Herzlichen Dank!



Felicia Langer auf der Jahrestagung der Schweizerischen Friedensbewegung (SFB) von 1991. Die israelische Rechtsanwältin war verschiedentlich bei der SFB zu Gast, letztmals im Mai 2007 gemeinsam mit dem Palästinenser Nabil Koulailat. Foto: Archiv

Nachruf auf Felicia Langer

Die Unentbehrliche

Am 22. Juni 2018 starb in Tübingen im Alter von 88 Jahren die israelische Menschenrechts-Anwältin und Friedenskämpferin Felicia Langer. Wir dokumentieren leicht gekürzt die Rede, die der in Israel aufgewachsene deutsche Verleger und Publizist Abi Melzer am Grab von Felicia Langer gehalten hat.

Von Abi Melzer

Eine grosse Frau ist von uns gegangen. Gideon Levy schrieb in Haaretz: Eine Gewissens-Emigrantin. Man kann freilich auch sagen: Ein Gewissens-Flüchtling.

Ihr Tod stellt einen grossen Verlust für den Kampf des Palästinensischen Volkes und auch vieler Juden für Gerechtigkeit, Menschenrechte und Selbstbestimmung dar. Sie und ihr 2015 verstorbener Ehemann Mieciu standen nach ihrer Immigration oder Flucht von Israel nach Deutschland für das andere, das bessere Israel, das sich gegen Kolonialismus, Kriege, Landraub, Folter, Apartheid sowie unzählige Menschen- und Völkerrechtsverletzungen wendet.

Felicias Leben und Wirken wurde sowohl in Israel als auch in Deutschland massiv angefeindet, weil sie die Palästinenser in ihrem Kampf für Gerechtigkeit und Gleichbehandlung unterstützt hat. Man könnte glauben, dass Erich Fried sein Gedicht *Zur Zeit der Verleumder* für Felicia Langer geschrieben hat:

*Sie nennen mich
Verräter an meinem Volk
Sie nennen mich
Jüdischer Antisemit
Weil ich spreche von dem
Was sie tun in Israels Namen
Gegen Palästinenser
Gegen Araber anderer Länder
Und auch gegen Juden
Die totgeschwiegen werden*

*Später einmal
Werden Juden die übrigbleiben*

*Wenn dieser Wahnsinn vorbei ist
Zu suchen beginnen
Nach Spuren von Juden
Die nicht mittaten
Sondern warnten*

*So haben Deutsche gezeigt
Nach dem Untergang Hitlers
Auf Deutsche die tags zuvor
Noch verfolgt wurden oder getötet
Die sollten nun Zeugen sein
Dass Deutsche auch anders waren*

*Ob dann ein Wort
Noch nachlebt
Von meiner Warnung?
Wichtiger aber:
Ob dann in Palästina noch Juden
leben
Entronnene jener Vernichtung
Die sie selbst herbeiführen halfen
Durch ihr Unrecht
Zu meiner Zeit?*

Und ich füge hinzu: Auch zu unserer Zeit.

Felicia war die erste, die es gewagt hat, sich vor israelischen Gerichten für palästinensische Widerstandskämpfer, die die Israelis «Terroristen» nennen, einzusetzen. Sie hatte einige Erfolge zu verzeichnen, aber vor den israelischen Militärgerichten, die im Prinzip Scheingerichte waren und immer noch sind und für die Weltöffentlichkeit eine «Gerichtbarkeit» vortäuschen sollen, blieb ihr der «Erfolg» versagt. Eigentlich eine Auszeichnung für jeden ehrenwerten Anwalt. Auch konnte sie nie etwas mit der rassistisch-zionistischen Ideologie anfangen, die in Israel und von Zionisten in Deutschland so verehrt

und mit allen Mitteln – auch antidemokratischen – verteidigt wird.

Der zionistischen Bewegung gelang es, die Weltöffentlichkeit davon zu überzeugen, dass sie die Interessen aller Juden in der ganzen Welt vertritt. Wie man weiss, ist die Wahrheit aber das erste Opfer in ideologischen Kämpfen.

Obwohl Juden in der Regel Debatten und Polemik lieben, weigern sie sich, das Thema Zionismus zu diskutieren. Heute verteidigen immer noch viele Juden mit Leidenschaft den Staat Israel und seine Politik und sind nicht bereit, in irgendeinem Diskurs über diesen Staat und sein Verhältnis zum jüdischen Volk einzutreten. Deshalb wurde Felicia in Israel von Juden so abgelehnt und diffamiert. Ihre Vorwürfe, dass der Zionismus eine der Formen des Kolonialismus und des Rassismus sei, wurden unter Verweis auf den eigenen Kampf gegen den Kolonialismus, gegen die Briten, von den Zionisten zurückgewiesen.

Felicia hat aber nicht aufgegeben. Sie hat immer wieder moralisch argumentiert und wurde deswegen von manchen belächelt. Heute liegt die grosse Gefahr für Israel nicht unbedingt in einer äusseren militärischen Bedrohung, sondern in den geistigen, moralischen und politischen Brüchen in der israelischen Gesellschaft. Eine Entwicklung, die Felicia vorausgesagt hat. Man hat sie aber nicht ernst genommen.

Sie sah sich schliesslich gezwungen, 1990 ihr Büro in Jerusalem zu schliessen, weil sie nicht mehr das Feigenblatt für die israelische Besatzung sein wollte, die mit dem Hinweis auf Felicia der Welt vorgaukelte, in Israel herrschten Recht und Gerechtigkeit. Sie verliess Israel, weil sie erkannte, dass sie den Opfern nicht helfen konnte, zumindest nicht in Jerusalem. Sie wollte aber der Welt vor allem zeigen, dass die Vorstellung einer humanen Besatzung Augenwischerei ist.

Felicias Einsatz für Gerechtigkeit und Menschenrechte wurde mehrfach ausgezeichnet. Neben dem Alternativen Nobelpreis wurde ihr das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse vom damaligen Bundespräsidenten Horst Köhler verliehen. Die daraufhin losgetretene Diffamierungs- und Verleumdungskampagne der zionistischen und pseudojüdischen Israelfans gehört zu den übelsten, die diese Lobby jemals in Deutschland geführt hat. (...)

Sie war eine Frau mit Gewissen, ja, eine Heldin. Aber sie und die wenigen an ihrer Seite wurden in Israel niemals anerkannt und respektiert. Im Gegenteil, in Israel und in der jüdischen Welt, besonders in Deutschland, war sie ein Symbol für den sog. jüdischen Antisemitismus oder Selbsthass.

Felicia Langer war vielleicht die einzige Rechtsanwältin auf der ganzen Welt, die stolz sein konnte auf die Prozesse, die sie vor den israelischen Militärgerichten verloren hat, verloren freilich gegen ein brutales Unterdrückungsregime, welches Juden in Palästina errichtet haben. Sie kämpfte wie eine Löwin, wie eine Mutter um ihre Kinder, und sie hielt sich an die Mahnung des Propheten Jesaja, dass Israel ein Licht für die Völker sein solle. Am Ende verzweifelte sie an der Tatsache, dass die Israelis dieses Mot-

to tagtäglich mit ihren Militärstiefeln in den Dreck treten. (...)

Wie man weiss, ist Recht und Gerechtigkeit nicht immer dasselbe. Die Sache der Gerechtigkeit war aber ein zentrales Thema im Leben von Felicia. Sie hat sehr genau zwischen den ewigen humanistischen Werten des Judentums und den Werten des aggressiven Zionismus zu unterscheiden gewusst. Sie hat immer betont, dass es im Grunde keinen Konflikt zwischen Juden und Arabern gibt.

An ihrem Lebensabend sagte ihr Enkel zu ihr, dass die Palästinenser am Ende siegen und einen eigenen Staat bekommen werden. «Du wirst es nicht mehr sehen, aber ich werde es erleben.»

Dazu kann ich nur sagen: «Hoffentlich». (...)

Felicia war kompromisslos und radikal, und dafür bin ich ihr dankbar. Als die Oslo-Verträge bekannt wurden, rief mich Felicia an und fragte mich, was ich davon hielt. In meiner Naivität habe ich mich über die Ergebnisse von Oslo gefreut. Felicia war entsetzt und enttäuscht und meinte, dass ich sehr bald merken werde, dass man die Palästinenser wieder über den Tisch gezogen habe. Und in der Tat, ich habe es sehr bald bemerkt.

Zum Abschluss möchte ich aber nicht versäumen, Bertold Brecht zu zitieren, der folgende Worte gesagt hat, bei denen er Felicia Langer im Sinn gehabt haben könnte:

*Die Schwachen kämpfen nicht.
Die Stärkeren kämpfen vielleicht eine Stunde lang.
Die noch stärker sind, kämpfen viele Jahre.
Aber die Stärksten kämpfen ihr Leben lang.
Diese sind unentbehrlich.*

Im Gegensatz zu vielen israelischen Intellektuellen und Linken, die von den deutschen Medien hoch gefeiert werden, war Felicia Langer immer radikal ehrlich. Sie hat die israelischen Politiker nicht geschont und sich selbst auch nicht. Sie war immer hundert Prozent bei der Sache. Nie ein wenig schwanger. Nie unehrlich. Nie verlogen. Niemals bereit, in Fragen von Recht und Gerechtigkeit Kompromisse zu machen.

Im Kampf für Frieden, Menschlichkeit und Toleranz wird Felicia Langer ein leuchtendes Vorbild bleiben.

Für sie war Unrecht immer Unrecht. Das ist auch das Vermächtnis von Felicia Langer. (...)

Quelle: www.palaestina-portal.eu



Die 17-jährige palästinensische Aktivistin Ahd Tamimi (siehe zu ihrem Fall auch UW 1/2018) wurde gemeinsam mit ihrer Mutter (rechts) Ende Juli nach mehrmonatiger israelischer Militärhaft freigelassen. Foto Granma/El Clarin

Hunderte Kinder weiter in israelischer Haft

Ahd Tamimi frei

Die Freilassung der jugendlichen Aktivistin Ahd Tamimi aus israelischer Militärhaft sei zwar eine gute Nachricht, erinnere aber auch daran, dass Israel die Rechte minderjähriger Palästinenserinnen und Palästinenser systematisch verletzt, schreibt der Schweizer Zweig von amnesty international in einer Mitteilung.

Die 17-jährige Ahd Tamimi wurde 21 Tage vor Ablauf der von einem israelischen Militärgericht verhängten, achtmonatigen Haftstrafe zusammen mit ihrer ebenfalls verhafteten Mutter freigelassen. Ahd Tamimi war festgenommen worden, nachdem sie im Dorf Nabi Saleh im besetzten Westjordanland einen israelischen Soldaten geschlagen, getreten und geschubst hatte. Die Verhaftung einer Minderjährigen aufgrund einer solchen Aktion verletzt die internationale Konvention über die Rechte von Kindern. Amnesty International hatte sich mit einer weltweiten Online-Aktion für ihre Freilassung eingesetzt.

Die Freilassung von Ahd Tamimi ist für die Familie – deren Sohn Wa'ed

sich immer noch in Militärhaft befindet – zwar eine Erleichterung. Sie täuscht indes nicht darüber hinweg, dass sich weiterhin Hunderte palästinensischer Kinder unter kinderrechtswidrigen Bedingungen in israelischen Gefängnissen befinden. Amnesty fordert weiterhin das Ende der willkürlichen Verhaftungen palästinensischer Kinder und das Ende der diskriminierenden Militärjustiz in den besetzten palästinensischen Gebieten.

Quelle: amnesty.ch

Redaktionsschluss
dieser Nummer:
21. August 2018